

Menschenrecht auf Wasser

Frauen und Trinkwasserversorgung



FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG

Menschenrecht auf Wasser

Frauen und Trinkwasserversorgung

Fachtagung der
Friedrich-Ebert-Stiftung
und des
Marie-Schlei-Vereins

A 04 - 03877

Montag, 10. November 2003
Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn



Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung
Abteilung Internationale
Entwicklungszusammenarbeit
Godesberger Allee 149
53170 Bonn

© by Friedrich-Ebert-Stiftung

Redaktion: Ina Zeuch
Koordination: Peter Schlaffer, Referat Entwicklungspolitik
Fotos: Sepp Spiegl
Übersetzungen: Annette Brinkmann
Layout: Pellens Kommunikationsdesign, Bonn
Druck: Toennes Druck und Medien GmbH, Erkrath

Printed in Germany 2004

ISBN 3-89892-288-X

Vorwort

Seit einer ganzen Reihe von Jahren veranstaltet die Friedrich-Ebert-Stiftung regelmäßig Fachtagungen mit dem Marie-Schlei-Verein, die menschenrechtsrelevante Themen im Zusammenhang mit der internationalen Entwicklungszusammenarbeit behandeln. Entsprechend der Aufgabenstellung des Marie-Schlei-Vereins liegt dabei ein Schwerpunkt immer auf der Situation von Frauen und Mädchen und ihrer Familien.

Bei der hier dokumentierten Tagung „Menschenrecht auf Wasser – Frauen und Trinkwasserversorgung“ vom November letzten Jahres ging es zum einen um die Darstellung der Wassersituation in den verschiedenen Teilen der Welt und die Anstrengungen der Völkergemeinschaft, diese Situation insgesamt zu erfassen und langfristig zu verbessern. Zum anderen konnten Erfahrungen aus unterschiedlichen Ländern (Sri Lanka, Ghana, Deutschland, aber auch aus anderen europäischen Ländern) vorgetragen und verglichen werden.

Am Ende der UN-Dekade für Trinkwasser muss festgestellt werden, dass zwar das Problembewusstsein der Betroffenen und insbesondere der Frauen stark gewachsen ist, dass aber weltweit noch Aufklärungsbedarf besteht. Der zunehmende wirtschaftliche Druck in Richtung Privatisierung der Trinkwasserversorgung lastet einseitig auf dem Süden der Welt und muss im Bewusstsein der Menschen in den meisten EU-Ländern erst noch verankert werden, denn die Tendenz zur Privatisierung auch bei uns ist unübersehbar.

Auch bei unserer Tagung führte die Debatte schließlich zur Bestätigung der These, dass Vermeidung und Überwindung von Konflikten nur in fairer und gleichberechtigter Zusammenarbeit aller Beteiligten – Männer und Frauen gleichermaßen – gelingen kann. Die vorliegende Broschüre soll die Ergebnisse der Diskussion einem breiteren Interessentenkreis zugänglich machen.

Bonn, Juli 2004

Peter Schlaffer

Die ReferentInnen

Christa Randzio-Plath

Vorsitzende des Marie-Schlei-Vereins und Mitglied im Europäischen Parlament

Puthrika Iromi Moonesinghe

Vorstandsmitglied der ländlichen Nichtregierungsorganisation „Agromart Foundation“ in Sri Lanka

Maxwell Opoku-Agyemang

Verfassungsrechtler, Experte für Wasserrecht und Trinkwasserversorgung, Berater von Parlament und Regierung in Ghana

Frank Kürschner-Pelkmann

Publizist, Experte für Trinkwasser und Globalisierungsprobleme, Hamburg

Dr. Manfred Konukiewitz

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn

Inhalt

Begrüßung

Astrid Ritter-Weil, Friedrich-Ebert-Stiftung **7**

Menschenrecht auf Wasser

Christa Randzio-Plath, Marie-Schlei-Verein **10**

Wasser für alle – Gewinn für wenige

Frank Kürschner-Pelkmann, freier Journalist und Mitarbeiter für die Kampagne „Menschenrecht Wasser“ von Brot für die Welt **18**

Trinkwasser – eine schwere Verantwortung für Frauen

Puthrika Iromi Moonesinghe, Agromart Foundation, Sri Lanka **35**

Was kostet unser Wasser?

Maxwell Opoku-Agyemang, Ghana, freier Berater für den Wassersektor **43**

Fragen aus dem Publikum

55

Podiumsdiskussion

mit Fragen aus dem Publikum

Frank Kürschner-Pelkmann, Manfred Konukiewitz (BMZ), Puthrika Iromi Moonesinghe, Maxwell Opoku-Agyemang, Brigitte Rubarth (Marie-Schlei-Verein)
Moderation: Renate Färber-Husemann, freie Journalistin **66**



Begrüßung

Astrid Ritter-Weil

Die Herbstveranstaltung mit dem Marie-Schlei-Verein hat inzwischen schon Tradition. Viele Themen sind in den letzten Jahren aus Frauensicht angesprochen worden:

- Frauen im Krieg,
- die Arbeitssituation von Frauen im ländlichen Raum,
- die Asienkrise und ihre Auswirkungen auf die Sex-Industrie

waren nur einige Beispiele aus der letzten Zeit. Die Ergebnisse all dieser Konferenzen haben auch immer Anregungen gegeben, worauf wir in der Projektarbeit achten müssen. Seit einigen Jahren bemühen wir uns bereits intensiv, nicht nur Frauen zu fördern, damit sie in Führungspositionen von Parlamenten, Gewerkschaften und anderen Organisationen gelangen, sondern auch die Politik selbst unter geschlechtsspezifischen Blickwinkeln zu betrachten, das Thema Gender in den Mainstream zu bringen. Dabei verfolgen wir nicht nur das Ziel der Gleichstellung der Geschlechter als demokratische Grundvoraussetzung, sondern verstehen dies auch als Beitrag zur Effizienzsteigerung der Projekte. Durch die geschlechtsspezifische Analyse der Probleme als Ausgangspunkt für die Projektaktivitäten erlangen wir eine bessere Kenntnis unserer Zielgruppen und ihrer Bedürfnisse. Mit einer entspre-

chenden Strategie können wir dann adäquat auf die oft sehr unterschiedlichen Lebenssituationen von Männern und Frauen eingehen und anhand gender-sensibler Indikatoren messen, ob Männer und Frauen von unserer Arbeit gleichermaßen profitieren konnten.

Inhaltlich haben wir uns in der letzten Zeit besonders mit der Integration von Genderaspekten in die beiden Schwerpunkte Makroökonomie und Sicherheitspolitik beschäftigt. Im Mai haben wir eine Studie zum Thema: „The Doha Agenda of the WTO and Gender and social reproduction“ veröffentlicht. Wasser ist darin ebenfalls ein wichtiges Thema.

Vor zwei Wochen haben wir gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung eine Konferenz zum Thema „Human Security – keine Sicherheit ohne Genderperspektive“ veranstaltet. Auch dort spielte die Nahrungsmittelsicherung und damit auch die Versorgung mit Trinkwasser eine Rolle. Wasser verbindet sozusagen die ökonomische und die Sicherheitsfrage, wenn man den Sicherheitsbegriff weiter fasst als rein militärisch – obwohl manche Autoren bereits die Frage stellen, ob es demnächst auch Krieg um Wasser geben wird.

Wasser ist kein Gut wie Kaugummi oder Kaviar. Wasser ist ein essentieller Faktor für die Lebenserhaltung, den sozialen Fortschritt und die ökonomische Entwicklung. Deshalb stellen sich viele die kritische Frage, ob man Wasser privatem Gewinnstreben überlassen kann. Kritik an der Privatisierung des Wassersektors besonders durch transnationale Konzerne, wird von vielen Frauen-NROs (Nichtregierungsorganisationen) des Südens formuliert, die zum Teil auch aus negativen Erfahrungen heraus daran zweifeln, dass man den Wassersektor dem freien Markt überlassen sollte. Sie befürchten, dass der Zugang nur denen ermöglicht wird, die es sich leisten können und dass darüber hinaus Umweltaspekte vernachlässigt werden.

Die Wasserversorgung der Familie ist in vielen Ländern Sache von Mädchen und Frauen, die zum Teil viele Stunden täglich dafür aufwenden müssen. Eine ortsnahe und bezahlbare Versorgung mit Wasser würde ihnen Zeit verschaffen, zum Beispiel ihre Bildung zu verbessern. In jedem Fall müssten aber Frauen als unmittelbar Betroffene ins Wassermanagement miteinbezogen werden. Welches die richtige Strategie

ist, um eine Wasserversorgung für alle bereit zu stellen, wie viel Markt erforderlich ist, welche Rolle private und öffentliche Anbieter spielen sollen und wie Frauenbelange bei der Wasserversorgung berücksichtigt werden können – damit wollen wir uns heute beschäftigen.

Auch diesmal hoffen wir wieder, von den Erkenntnissen unserer Referenten und Referentinnen und den Beiträgen aus dem Plenum profitieren und uns Anregungen für unsere Arbeit vor Ort holen zu können. In diesem Sinne wünsche ich uns allen spannende Diskussionen und viele Ideen, um unsere Zielvorstellungen eines ökonomischen und gendergerechten Wassersystems zu realisieren.



Menschenrecht auf Wasser

Christa Randzio-Plath

Die Bereitstellung von Wasser in ausreichender Menge und Qualität ist eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Die Verfügbarkeit von sauberem Trinkwasser entscheidet über Leben und Tod, Armut und Krankheit. Das ‚Lebensmittel‘ Wasser ist für alle unverzichtbar. Am deutlichsten spüren das die Bewohner und Bewohnerinnen der Wüstenregionen. Mehr als eine Milliarde Menschen in den Entwicklungsländern haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und schätzungsweise 2,4 Milliarden Menschen müssen ohne hygienische Abwasserentsorgung leben.

Der weitaus größte Teil der Wasservorräte der Erde ist Salzwasser. Nur etwa 2,5 Prozent der Wasservorräte sind Süßwasser und davon ist nur ein Bruchteil als Trinkwasser verfügbar. Gleichzeitig steigt die Nachfrage rapide – mehr als doppelt so schnell wie die Bevölkerung. Wir verbrauchen zu viel, vor allem in den OECD-Ländern (die Länder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). Während der tägliche Pro-Kopf-Wasserverbrauch in den USA durchschnittlich bei etwa 700 Litern liegt – in Südkalifornien sogar bei 3.100

Rapide steigende Nachfrage und ungleiche Verteilung

Litern – beträgt der tägliche Verbrauch in Mitteleuropa circa 300 Liter, in Deutschland etwa 130 Liter. In den Ländern Afrikas südlich der Sahara stehen Familien nur etwa 20 Liter pro Tag zur Verfügung. Zudem sind die Wasservorräte sehr ungleich verteilt. Während die meisten Industrieländer in wasserreichen Gebieten liegen, verfügen viele Regionen des Südens über keine natürlichen Wasserressourcen.

Der Stockholmer Wassergipfel 1996 warnte, dass im Jahr 2025 nahezu ein Drittel der Weltbevölkerung in Regionen mit schwerer Wasserknappheit leben werde. Schon heute leiden 30 der ärmeren Staaten unter Wasserknappheit, vor allem in Afrika und Lateinamerika. Durch Verknappung und ungleiche Verteilung drohen Konflikte um Wasser zwischen den verschiedenen Nutzergruppen wie der Landwirtschaft, der Industrie und den städtischen Haushalten, zwischen Regionen und zwischen Staaten. 90 Prozent des weltweiten Wasserverbrauchs gehen auf das Konto der Landwirtschaft. Eine nachhaltige Landwirtschaft wird immer notwendiger, um eine Wasserbalance zu halten. Die Wasserknappheit und ihre Folgen treffen vor allem die Länder in trockenen Regionen der Welt. 80 Prozent aller Krankheiten in Entwicklungsländern sind laut der Weltgesundheitsorganisation WHO auf unsauberes Wasser zurückzuführen.

Nach dem Weltwasserentwicklungsbericht der UNESCO von 1998 haben in Asien und Lateinamerika 20 Prozent der städtische Bevölkerung keinen Zugang zu Wasser und Abwasserentsorgung. In Afrika sind es sogar 40 Prozent, während in Europa und Nordamerika fast jeder Mensch Zugang zu einem Wasser- und Abwasseranschluss hat. Allerdings sind die Länder des Südens unterschiedlich betroffen. Der neueste Bericht von 2003 warnt davor, dass der Weltbevölkerung ein katastrophaler Wassermangel droht. In den nächsten 20 Jahren wird jedem Menschen durchschnittlich ein Drittel weniger Trinkwasser zur Verfügung stehen als heute. Sollte sich der Umgang mit der wertvollen Ressource nicht ändern, wird in derselben

Es drohen Konflikte um Wasser

80 Prozent aller Krankheiten in den Entwicklungsländern sind auf unsauberes Wasser zurückzuführen

Zeit die halbe Weltbevölkerung unter Trockenheit und verschmutztem Trinkwasser leiden, lautet die Warnung des dritten Weltwasserforums 2003.

Die Folgen der Wasserkrise trägt häufig die ärmere Bevölkerung. Die Frage nach Wasser und Existenzsicherung ist damit auch eine Frage des Geldes. Sie vergrößert die Gesundheits- und Ernährungsrisiken und weitet die soziale und wirtschaftliche Kluft zwischen ‚Wasserbesitzern‘ und ‚Wasserlosen‘ – ein wachsendes Konfliktpotential.

Wasser-
beschaffung
durch Frauen
und Kinder

Vor allem die Frauen leiden unter dem knappen Wasser, weil zumeist sie und die Kinder für die Wasserbeschaffung zuständig sind. In Afrika zum Beispiel müssen Frauen täglich mehrere Kilometer laufen, um einige Kanister Wasser, die leer schon etliche Kilo wiegen, für den Bedarf der Familie heranzuschaffen. Und jedes Familienmitglied verbraucht in dieser Region durchschnittlich etwa 50 Liter Wasser pro Tag.

In ländlichen Gebieten Ägyptens laufen 30 Prozent aller Frauen täglich mehr als eine Stunde, um Wasser zu holen. In einigen Regionen Afrikas verbringen Frauen und Mädchen mit dieser Tätigkeit sogar acht Stunden am Tag. Zeit und Kraft der Frauen können daher nicht produktiv eingesetzt werden.

Acht Stunden
am Tag für das
Menschenrecht
auf Wasser

„Kein Wasser – Keine Zukunft“ war die Devise des Weltgipfels über nachhaltige Entwicklung 2002 in Johannesburg. Die Versorgung mit Trinkwasser und die Abwassersanierung muss als Menschenrecht verstanden werden. Staaten sind aufgefordert, alles zu tun, damit die ärmsten Bevölkerungsschichten an diesen öffentlichen Gütern teilhaben können. Jede Person hat das Recht auf ausreichendes, sicheres und bezahlbares Wasser. Keinem Menschen darf der Zugang zu Wasser verwehrt werden. Zu Recht betont selbst der Papst:

„Eine ausreichendes Entwicklungsniveau in jeder geographischen Region wird nur dann gesetzmäßig und respektvoll garantiert sein, wenn der Zugang zu Wasser als ein Recht der Einzelperson und der Völker anerkannt ist. Damit dies geschieht, muss die internationale Politik erneut die Aufmerk-

samkeit auf den unschätzbaren Wert der Wasserressourcen lenken, die oft nicht erneuerbar sind und nicht das Eigentum einiger werden dürfen, denn sie sind gemeinschaftliches Gut der gesamten Menschheit.“

Es ist wesentlich für den Fortbestand des Lebens, den sozialen Fortschritt und für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes. Es ist auch wesentlich für die Entwicklung von Frauen selbst.

Frauen haben eine von Land zu Land unterschiedliche Rolle, ihre Funktion und Situation im Entwicklungsprozess fällt daher sehr unterschiedlich aus. Die Frauen im Süden kämpfen ums Überleben. In diesem Sinne hilft der Marie-Schlei-Verein diesen Frauen, ihren eigenen Weg zu gehen und zur Entwicklung ihres Landes beizutragen. Als Erzieherinnen geben Frauen Normen und Verhaltensweisen weiter. Die Versorgung der Bevölkerung im Süden hängt im Wesentlichen an ihnen, denn Kindererziehung, Haushalt, Hygiene, Gesundheit und die Sorge um den Alltag sind nach wie vor Frauendomäne.

Die Wasserknappheit bedeutet dabei eine zusätzliche Belastung. So klagt eine Frau aus Tansania:

„Wir haben einen Brunnen in sieben Kilometer Entfernung, zu dem wir mit den Viehherden wandern. Dann müssen wir aber auch wieder zurück. Was bleibt uns anders übrig. Wasser ist Leben“.

In der Tat hat die Feminisierung der Armut im Süden zugenommen. Die Zahl der Frauen, die in absoluter Armut leben, ist in den letzten 20 Jahren um 50 Prozent gestiegen, die der Männer um 30 Prozent. Noch immer sind zwei Drittel aller Analphabeten Frauen.

Das Recht auf Wasser für alle – darunter vor allem für die Frauen – die an der Wasserknappheit am meisten leiden, muss daher durch Entwicklungszusammenarbeit, aber auch durch die Verträge und Vereinbarungen sowie einer Politik der Förderung durch Regierungen und lokale Initiativen gesichert werden.

Frauen als
Entwicklungs-
faktor

Wir haben einen Brunnen in sieben Kilometer Entfernung, zu dem wir mit den Viehherden wandern. Dann müssen wir aber auch wieder zurück. Was bleibt uns anders übrig. Wasser ist Leben.

**Liberalisierung
und Privatisie-
rung von Wasser
sind Risiken für
die Dritte Welt**

Weltweit wird beklagt, dass es kein Wasser für Armenviertel oder ländliche Regionen gibt. Die internationalen Organisationen wollen sich für Armutsbekämpfung und Wasserversorgung engagieren. Deswegen plädieren sie für die Liberalisierung und Privatisierung von Wasser, obwohl die Industrienationen – allen voran Großbritannien – erleben mussten, dass ihnen der freie Wettbewerb eine schlechtere Wasserqualität zu höheren Preisen bescherte und damit noch lange nicht alle Zugang zu Wasser erhalten. Die Risiken für die Privatisierung müssen für die Dritte Welt benannt werden. Schon heute werden sie von konventionellen, auf Gewinn orientierten Unternehmen beherrscht. Aber niemand kann wirklich auf den allgemeinen und kostengünstigen Zugang zu Wasser verzichten. Von daher müssen auch weiterhin grundlegende Dienste der Daseinsvorsorge garantiert sowie Umweltstandards und Preisvorgaben reguliert werden. Wasser muss für alle zugänglich sein.

**Mangelnde
Einbindung von
Frauen**

Die Arbeit in der Landwirtschaft und Ernährungssicherung in Afrika liegen in den Händen von Frauen. Sie produzieren über 90 Prozent der Grundnahrungsmittel und 30 bis 40 Prozent aller Agrarprodukte, die vermarktet werden. Ihre Verantwortung zur Existenzsicherung der Familien ist groß.

Obwohl in vielen Ländern Frauen die Arbeit in der Landwirtschaft leisten, haben die meisten Entwicklungsstrategien diese Rolle nicht ausreichend beachtet. Vor allem in den Bewässerungsprojekten, die den Anbau von Monokulturen für marktgängige Produkte – sogenannten cash crops – begünstigen, schlossen die Frauen aus, die bis dahin die traditionelle Vielfalt im Anbau von Feldfrüchten durchführten. Technische Geräte wie zum Beispiel Pumpen, die für Frauen schwer zu bedienen sind oder Anlagen, für deren Wartung nur Männer ausgebildet werden, verdrängen die differenzierten Erfahrungen von Frauen, mit kleinen Wassermengen unter zum Teil extremen Mangelbedingungen zu wirtschaften. Das hat der Marie-Schlei-Verein in seinen Projekten vor Ort bitter erfahren müssen.

Auch in den Städten des Südens ist die Lage nicht besser. Im Elendsviertel El Sosiego am Rande von Bogota zum Beispiel gibt es nur alle drei Tage fließendes Wasser von sehr schlechter Qualität. Dagegen wird eine direkt an den Stadtteil grenzende Plantage, die Schnittblumen für den Export nach Europa produziert, rund um die Uhr durch betriebseigene Brunnen versorgt. Wie in Bogota haben in vielen Städten private und öffentliche Wasserbetriebe kein Interesse, die Armenviertel mit Wasser zu versorgen. Die Folgen tragen vor allem Frauen. Sie holen das Wasser entweder aus Zapfstellen in der Nachbarschaft oder aus lecken Hydranten. Eine andere Möglichkeit ist die Versorgung mit Tankwagen – oft zu drastisch überhöhten Preisen.

Die Umweltzerstörung beeinflusst die Wasserknappheit. Denn Wasser ist eine nicht substituierbare Ressource. Wasser ist also durch nichts zu ersetzen. Lokale Wasserkrisen können zu einer Desertifikation führen und so den Treibhauseffekt und die Reduktion der Biodiversität verstärken.

Frauen sind Opfer, aber auch Täterinnen der Umweltzerstörung. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung weist Frauen eine zentrale Rolle im Umweltschutz zu: Sie sind zu über 50 Prozent in allen Ländern des Südens, im südlichen Afrika zu 80 Prozent für die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Wasser und Brennholz, für die Feldarbeit, wie für Groß- und Kleintierhaltung zuständig. Um zu überleben, müssen Frauen oftmals die Natur ausbeuten, obwohl sie wissen, dass sie sich damit ihre Existenzgrundlage zerstören. Die Wege zu Wasserquellen und Brennholz werden noch länger, die Anlage von Gemüsebeeten immer beschwerlicher. In den Städten sinkt die Luftqualität, dafür steigen die Erkrankungen der Atemwege.

Doch die Frauen müssen an heute denken, obwohl ihnen das Aufwachen am Morgen die Umweltvernichtung bewusst macht. Sie wollen aufforsten und Boden schonen, aber ihnen fehlen Macht, Geld und technisches Wissen. Die sachgerechte Verwaltung der Umwelt, der Schutz ihrer lebenserhaltenden

**Drohende
Desertifikation
und Reduktion
von Biodiversität**

**Frauen sind
Opfer, aber auch
Täterinnen der
Umweltzerstö-
rung**

Systeme und biologischen Vielfalt sind Teil der alltäglichen Frauenarbeit im Süden, weil sie es sind, die die Umwelt im Wesentlichen bewirtschaften. Ohne die Leistungen der Frauen im Süden können Hunger, Armut, Unwissenheit und Gewalt nicht überwunden werden.

Deswegen stellen die VN-Konferenzen von Rio, Kairo, Kopenhagen und Peking zu Recht die Stärkung der Rolle der Frau als Schlüssel zur Entwicklung heraus. Frauen können allerdings nur dann zur umweltgerechten Entwicklung beitragen, wenn sie und ihre Pläne unterstützt werden und sie ihren eigenständigen Entwicklungsweg gehen können. Die Förderung ihrer Projekte ist ein Schritt zur Armutsbekämpfung. Diese Projekte, die Art der Ausbildung und die Maßnahmen sind so vielseitig wie die Frauen, die sie planen und durchführen. Sie zeigen, dass Mut und Engagement Veränderungen herbeiführen können. Allen Projekten ist gemeinsam, dass die Frauen bei einer besseren Zukunft sich und ihren Familien selbst helfen.

Fünf Millionen Menschen sterben jedes Jahr durch schmutziges Trinkwasser. Zusätzlich zur Wassermenge spielt die Qualität des Wassers eine entscheidende Rolle. Die Verfügbarkeit von Wasser ist daher eine komplexe Größe, die sich aus dem Mengen- und Qualitätsangebot ergibt.

Frauen kennen normalerweise die Orte, wo es Wasser gibt und welche Qualität es hat. Gerade in Regionen mit extremem Wassermangel gibt es ausgeklügelte Strategien, um Wasser mehrfach zu nutzen. Frauen müssen dabei sorgfältig darauf achten, die kostbaren Quellen nicht zu beeinträchtigen oder zu vergiften. Der mangelnde Zugang zu Wasser und seine abnehmende Qualität beeinträchtigen die Gesundheit der Frauen und ihrer Familien, insbesondere die Mütter- und Säuglingssterblichkeit. Neben ihren alltäglichen Aufgaben fällt den Frauen dann zusätzlich auch noch die Verantwortung für die Krankenpflege zu.

Deshalb muss Wasser ein öffentliches Gut bleiben, das allen unter folgenden Bedingungen zugute kommen sollte:

- eine ausreichende Grundversorgung an Wasser,
- eine sichere und erreichbare Wasserversorgung,
- eine kontrollierte Wasserqualität, die Gesundheitsschäden ausschließt,
- Zugang für jeden Haushalt, jeden Arbeitsplatz, jede Schule,
- preiswert und für jeden bezahlbar.
- Frauen müssen dabei auf allen Ebenen bei Planungen und Programmen des Wassersektors beteiligt werden.

Denn die Rolle der Frauen, die eine zentrale Rolle in der Beschaffung, Verwaltung und Erhaltung von Wasser spielt, muss endlich auch mitentscheiden können. Partizipation und *Empowerment* bleiben die Stichwörter. Bisher sind Frauen noch Sklavinnen des Wassermangels. Der Mangel an Wasser hält sie arm. Das darf nicht so bleiben.

Wasser muss ein öffentliches Gut bleiben

Frauen sind Sklavinnen des Wassermangels



MARIE- SCHLEI- VEREIN

Wasser für alle – Gewinn für wenige

Frank Kürschner-Pelkmann

„Mama Mwoya“ – „Wasser ist Leben“ heißt es in einem Sprichwort der Kikuyu aus Kenia. Das ist seit Jahrtausenden die praktische Erfahrung der Kikuyu und vieler anderer Völker der Welt.

Auf andere Weise prognostizierte das Handelsblatt die Bedeutung von Wasser in einer Überschrift vom 19. Juni 2002: „Wasser wird das Erdöl des 21. Jahrhunderts“:

Experten gehen davon aus, dass im Jahre 2025 ein Drittel der Menschheit keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser mehr haben wird. Für Anleger lohnt sich daher der Blick auf Unternehmen, die ihr Geld mit Versorgung, Aufbereitung, Reinigung und Entsorgung von Wasser verdienen.

„Experten gehen davon aus, dass im Jahre 2025 ein Drittel der Menschheit keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser mehr haben wird. Für Anleger lohnt sich daher der Blick auf Unternehmen, die ihr Geld mit Versorgung, Aufbereitung, Reinigung und Entsorgung von Wasser verdienen.“

Hier wird also ein direkter Zusammenhang der Wassernot von Milliarden Menschen und günstigen Gewinnchancen hergestellt. Ist die Privatisierung der Wasserversorgung dabei eine Lösung? Regulieren sich dann Angebot und Nachfrage nach Wasser über den Preis?

Wasser war bis vor kurzem neben der Luft das einzige Gut auf der Welt, das den Marktgesetzen nicht unterworfen war. Das bodoutete für über mehr als eine Milliarde Menschen mit weniger als einen Dollar pro Tag bislang, dass wenigstens ihre Wasserversorgung nicht vom Markt diktiert wurde. Das beginnt sich jetzt zu ändern. Der italienische Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler Riccardo Petrella gehört zu den schärfsten Kritikern der Kommerzialisierung des Wassers. In seinem Buch „Wasser für alle – ein globales Manifest“ schreibt er:

„Das Wasser, die Quelle des Lebens, droht ganz allmählich zu einer der wichtigsten Quellen des Profits zu werden – als einer der letzten Fundgruben der Kapitalanhäufung, die sich bis dahin den Akkumulationsgesetzen des Privatsektors entzogen hat.“

Weltweit ist der Anteil der Wasserversorgungssysteme zu 95 Prozent in den Händen von Kommunen und nur fünf Prozent davon in privater Hand, aber der Anteil der Privatisierung steigt.

Eine Vorreiterin für diesen Prozess war die britische Premierministerin Margret Thatcher. Schon 1984 schlug sie eine Privatisierung der Wasserversorgung in England und Wales vor. Damit wurde ‚der schlanke Staat‘ und die Überlegenheit der Privatunternehmen propagiert.

Aber zunächst gab es in England noch massiven Widerstand und erst nach der gewonnenen Wahl konnte die politisch gestärkte Premierministerin Thatcher die geplante Privatisierung durchsetzen. Von den vielen kleinen Wasserwerken in Wales wurden zunächst zehn regionale Wassergesellschaften gebildet, die mit einem Monopol für die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung ihrer Region ausgestattet und privatisiert wurden. Zu extrem günstigen Bedingungen erhielten sie eine Konzession für 25 Jahre und ebenso günstig waren auch die Bedingungen für die Kapitaleigner: Die Unternehmen wurden vorher entschuldet und mit Betriebskapital versehen. Auch

Wasser als Ware

Das Wasser, die Quelle des Lebens, droht ganz allmählich zu einer der wichtigsten Quellen des Profits zu werden – als einer der letzten Fundgruben der Kapitalanhäufung, die sich bis dahin den Akkumulationsgesetzen des Privatsektors entzogen hat.

den Anteilseignern wurden Vergünstigungen bei der Besteuerung der Gewinne zugestanden. Die Privatisierung im Wasserbereich sollte auf jeden Fall zu einem Erfolg werden. Und das wurde sie dann auch – jedenfalls für die neuen Besitzer der Wassergesellschaften. Das sprach sich schnell herum, so dass die Aktien der Gesellschaften binnen einer Woche nach ihrer Ausgabe um 22 Prozent stiegen. Auch die Gehälter der Manager und die Gewinne der Aktionäre stiegen rasch auf Rekordhöhen.

„Größter Wasserraubzug der Geschichte“

Kann das als Beweis für den Erfolg privaten Unternehmertums im Vergleich zu staatlich kontrollierten Unternehmen gelten? Nicht ganz – denn der Grund für die hohen Gewinne war das neue Preissystem. Zwar wurde eine Behörde eingerichtet, die die Preise der Monopolunternehmen kontrollieren sollte – eine sogenannte Preisregulierungsbehörde – aber im Wesentlichen konnte jede einzelne Wassergesellschaft die Preise selber festsetzen. Dieser Behörde musste jeweils ein Jahr im voraus eine Kalkulation der erwarteten Kosten eingereicht werden, wonach dann die Wasserpreise festgesetzt wurden. Auch Investitionskosten konnten geltend gemacht werden. Die Unternehmen täuschten riesigen Investitionsbedarf vor und erreichten so drastische Preiserhöhungen. Stattdessen floss das Geld einfach in den Gewinn. Wie auf Absprache verfahren alle zehn Unternehmen auf dieselbe Weise, so dass dieser Betrug zunächst nicht auffiel: Denn alle Kalkulationen hatten damit eine vergleichbare Höhe. Und ob tatsächlich investiert wurde, kontrollierte jahrelang niemand. Das führte nicht nur zu stark steigenden Wassergebühren für die Kunden. Die britische Boulevardzeitung *Daily Mail* sprach 1994 in einer Schlagzeile von einem „Wasserraubzug“ und von der „größten Aktion lizensierten Raubes in unserer Geschichte“.

Firmenintern gab es aber noch einen anderen Mechanismus der Bereicherung: Da die in der Kalkulation enthaltenen Investitionskosten quasi als Gewinn betrachtet wurden, hätte jede reale Investition diesen Gewinn geschmälert. Also wurde

nur sehr wenig investiert. In einer Untersuchung wurde nachgewiesen, dass die tatsächliche Summe für die Erneuerung des Leitungsnetzes eines der Unternehmen in einem Jahr so niedrig war, dass die Leitungen tausend Jahre hätten halten müssen, um mit einer so geringen Investition intakt zu bleiben.

Es gab also sehr hohe Gewinne, die zum großen Teil in die lukrativen Managergehälter flossen. So verdreifachten sich die Gehälter in einigen Fällen innerhalb von sieben Jahren. Für die Aktionäre wurden Extradividenden ausgeschüttet. Zum Teil wurden die als Investitionen angegebenen Summen aber auch tatsächlich investiert – allerdings nicht im eigenen Unternehmen, sondern in Übersee. Die kapitalkräftigen britischen Wasserunternehmen entwickelten sich zu ernsthaften Konkurrenten für die französischen Konzerne *Suez* und *Vivendi* bei den Bestrebungen der Privatisierung von Wasserversorgungssystemen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Aber die Aufsichtsbehörde kam schließlich dahinter, dass die Investitionen gar nicht investiert wurden und setzte deutliche Preissenkungen durch. Inzwischen sind einige dieser zehn Wassergesellschaften in finanziellen Schwierigkeiten. Die Wassergesellschaft in Yorkshire kam jetzt auf die geniale Idee, dem Staat das Leitungsnetz wieder anzubieten – allerdings zum höheren Preis als dem, mit dem *Yorkshire Waters* selbst es dem Staat damals abgekauft hatte. *Yorkshire Waters* wollte sich in diesem Angebot dann auf das Management des Wasserbetriebs konzentrieren. Das Dilemma bei diesem Angebot ist, dass der Staat für die Wasserversorgung der Menschen in den Kommunen verantwortlich ist, was sie erpressbar macht.

Ein Beispiel für die internationale Ausweitung eines Wasserunternehmens ist *Thames Water*. *Thames Water* ist ein Versorgungsunternehmen für den Großraum London, mittlerweile aber auch in 44 Ländern rund um den Globus tätig. So hat *Thames Water* zum Beispiel das zweitgrößte Wasserunternehmen Chiles mit der Versorgung von zwei Millionen Menschen sowie die Wasserversorgung des Ostteils von Jakarta mit 2,7 Millionen

Wirtschaftlicher Erfolg durch Investitionsbetrug

Beispiel Thames Water

Menschen übernommen. Auch betreibt das Unternehmen die größte Wasseraufbereitungsanlage von Shanghai und ist inzwischen auch in der Türkei und Australien aktiv.

Das hässliche Gesicht der Privatisierung förderte eine der Studien der britischen Umweltorganisation *Friends of the Earth* zu Tage: Um in Indonesien den Zuschlag für die Wasserversorgung zu bekommen, machte man den ältesten Sohn des damaligen Präsidenten Suharto zum Teilhaber des lukrativen Geschäfts. Die Proteste der Kunden über Preissteigerungen und die Beschwerden der Beschäftigten der Unternehmen über ein ungerechtes Gehaltssystem ließ die Umweltorganisation *Friends of the Earth* zu der Überzeugung kommen:

„Eine Strategie der Wasserversorgung und des Wasserschutzes sollte auf den Rechten der Menschen, auf Gleichheit und Demokratie fußen und nicht den Profit zur Grundlage haben.“

Denn wer in Großbritannien bei den privaten Wasserunternehmen nicht zahlte, dem wurde der Wasseranschluss gesperrt. Die Proteste darüber waren auch von den Gesundheitsbehörden

so massiv, dass diese Praxis wieder aufgegeben werden musste. Danach wurden für diejenigen, die ihre Wasserrechnung nicht bezahlen konnten, Zähler mit Münzen installiert – natürlich auf Kosten der Kunden. Aber nicht nur die Ärmern der Bevölkerung sind die Leidtragenden der Privatisierung, auch die Umwelt nimmt Schaden.

Durch die Vernachlässigung der Wartung gibt es inzwischen sehr viele Mängel der Leitungen. Die Wasserverluste betragen nach *Thames Water* auf dem Weg vom Wasserwerk bis zum Wasserhahn in den Haushalten 30 Prozent. Zum Vergleich: Hamburg mit einer kommunalen Wasserversorgung und einem vergleichbar alten Leitungsnetz wie das von London hat nur einen Verlust von vier Prozent.

Das britische System des Reichwerdens konnte nur eine Weile gut gehen – es musste irgendwann auffallen, dass die Gewinne

durch die beantragten Investitionsgelder zustande gekommen sein mussten. Die Vernachlässigung des Leitungsnetzes, vor allem auch im Abwasserbereich, rächte sich. Inzwischen sind die Preiskontrollen strikter und es gibt viele Umweltstrafen gegen Wasserunternehmen, die ihre Aufgaben nicht erfüllen. *Thames Water* musste 1999 und 2000 die höchsten Strafen für Umweltvergehen zahlen. Die Ernüchterung über die Privatisierung ist immens. Dennoch konnten viele der Unternehmer dieser zehn privaten Wasserunternehmen rechtzeitig mit hohem Gewinn verkaufen. Vier der regionalen Wasserunternehmen sind in ausländischen Besitz übergegangen. *Thames Water* ging in den Besitz von RWE über.

In Deutschland waren bis vor kurzem alle Wasserwerke im kommunalen Besitz. Sie liefern Wasser von höherer Qualität als in vielen anderen Ländern, dazu noch preiswert und oft ökologisch schonend. Dabei bietet die dezentrale Struktur mit mehr als 6000 Anbietern viele Vorteile: Wasser muss nicht über große Entfernungen transportiert werden, was oft mit großem Chloreinsatz verbunden wäre. Auch kleine Wassereinzugsgebiete werden geschützt und tragen so zum lokalen Umweltschutz bei. Viele Wasserwerke leisten mehr für den Umweltschutz als sie gesetzlich zu leisten verpflichtet wären, erzielen aber trotzdem oft leichte Gewinne, die den Kommunen zufließen. Es gibt kaum ein überzeugenderes Beispiel für den Erfolg kommunaler Betriebe als die Wasserwerke in Deutschland.

Das Umweltbundesamt führte im Jahr 2000 eine Studie über die Wasserversorgung durch, in der die kommunalen Wasserunternehmen im Blick auf die Qualität der Versorgung, den Umweltschutz und anderer Aspekte der Nachhaltigkeit sehr gute Noten erhielten. Es gibt also keinen sachlichen Grund für eine Privatisierung. Erst in den letzten Jahren gelang es den Konzernen RWE und *Gelsenwasser* durch die Finanznot der Kommunen sowie durch Kapitalbeteiligung oder Management-Vertrag, ein Wasserwerk nach dem anderen unter ihre Kontrolle zu bringen.

Die Ernüchterung über die Privatisierung ist immens

Erfolg kommunaler Betriebe in Deutschland

Es gibt keinen sachlichen Grund für Privatisierung

Eine Strategie der Wasserversorgung und des Wasserschutzes sollte auf den Rechten der Menschen, auf Gleichheit und Demokratie fußen und nicht den Profit zur Grundlage haben.

Verarmung und Gesundheitsrisiken

Privatisierung
am
Beispiel Berlin

Die Stadt Berlin befand sich schon Ende der 90er Jahre in großen finanziellen Schwierigkeiten. Über die Berliner Finanzsenatorin Annette Fugmann-Heesing hieß es in der Presse: „Sie kam, sah und verkaufte“.

Und die *Berliner Morgenpost* stellte bereits im August 1997 fest: „Annette Fugmann-Heesing wird als Privatisierungssenatorin in die Geschichte Berlins eingehen. Seit die SPD-Politikerin im Januar 1996 das Finanzressort übernommen hat, ist das Tafelsilber nicht mehr sicher. Alte Tabus und Grundsätze der Sozialdemokraten werden mit dem Rechenschieber über den Haufen geworfen.“

Die Berliner Wasserwerke wurden privatisiert, wobei es verschiedene Interessenten gab, weil die Berliner Wasserwerke unter anderem über ausgezeichnete Verbindungen zu Wasserwerken in Osteuropa verfügten. Das machte sie attraktiv für die *Global-Player-Szene* der Wasserbranche. So bewarb sich neben RWE und der Allianz-Versicherungsgruppe auch der französische Wasserkonzern *Vivendi* und alle zusammen erhielten schließlich den Zuschlag für die Berliner Wasserwerke. *Vivendi* warb außerdem mit der Zusage, Arbeitsplätze in Berlin zu schaffen.

Auf folgende Weise verschaffte *Vivendi* Berlin tatsächlich Arbeitsplätze: *Vivendi* ist ein Mischkonzern, zu dem der Medien- und Getränkekonzern *Seagram Company* in Kanada gehört. *Seagram* seinerseits besitzt die Universal Studios in Hollywood, zu dem wiederum das Hamburger Schallplattenunternehmen *Universal Music* gehört. 2001 wurde bekannt gegeben, dass *Universal Music* mit 500 Beschäftigten von Hamburg nach Berlin umzieht. Damit erfüllte *Vivendi* über einige Umwege erfolgreich seine Zusage, Arbeitsplätze nach Berlin zu holen. Das Geniale aus Sicht von *Vivendi* war aber, dass man für diesen Umzug auch noch etwa 35 Millionen DM Subventionen vom Berliner Senat kassierte.

Die Geschichte der Privatisierung von Wasserwerken in Deutschland ist auch eine Geschichte dubioser Geschäfte. So wurden vielen Kommunen in den neuen Bundesländern zunächst von

Arbeitsplätze
nach Berlin –
Subventionen
vom Berliner
Senat

westdeutschen Konzernen völlig überdimensionierte Wasserwerke und Kläranlagen aufgeschwatzt. Jetzt sind sie kaum in der Lage, die Kosten dafür zu tragen, was zu sehr hohen Wasserpreisen geführt hat. Das Angebot der Wasserkonzerne, das Management dieser Betriebe zu übernehmen, kam der Stadt da sehr gelegen. In Potsdam zum Beispiel war der französische *Suez*-Konzern mit seinem auf den Wasserbereich spezialisierten Tochterunternehmen *Ondeo* beteiligt gewesen. Man versprach der Stadt nach der Privatisierung eine Stabilität der Wasserpreise, aber als diese trotzdem drastisch erhöht wurden, kündigte Potsdam den Vertrag.

Inzwischen kommen große Schadensersatzforderungen auf den französischen Wasserkonzern zu, dessen Streitwert nun vor Gericht ausgetragen wird. Trotz solcher Erfahrungen geht die Privatisierungsdebatte sowohl bei uns als auch international weiter.

Die internationalen Akteure sind drei große französische Konzerne: *Vivendi*, *Suez* und *Saur*.

Vivendi gehörte seit Ende des 19. Jahrhunderts zu den wenigen großen privaten Betreibern von Wasserwerken in Frankreich. Mitte der 90er Jahre begann unter dem neuen Firmenchef Jean-Marie Messier die Umwandlung von *Vivendi* in einen internationalen Konzern.

Sie fand in zwei Schwerpunkten statt:

- Ausweitung der internationalen Aktivitäten im Wasser-, Abwasser- und Müllbereich
- Ausbau zu einem Medien- und Telekommunikationskonzern mit Dutzenden von Tochterunternehmen

Außerdem waren noch diverse andere Unternehmen angegliedert, zum Beispiel die Eisenbahngesellschaft CONNEX, die auf einigen Strecken mit der Deutschen Bundesbahn konkurriert. In Berlin besitzt *Vivendi* übrigens auch noch 200.000 Quadratmeter Büroflächen sowie Filmstudios – allerdings ‚auf Pump‘ gekauft.

Übernahmen in
Ostdeutschland

Die internationalen
Akteure

Das „Parken“
von Schulden

Dabei übernahm sich Jean-Marie Messier finanziell völlig. Im Frühjahr 2002 wurde bekannt, dass *Vivendi* Schulden in Höhe von über 30 Milliarden Euro hatte. Die genaue Schuldenhöhe kennt niemand, weil das Unternehmen zu verschachtelt und unübersichtlich ist. Die Krise der Medienbranche traf auch *Vivendi*.

16 Milliarden Euro Schulden aus dieser Branche hat Messier bei der Wasser- und Umweltgesellschaft „geparkt“, wie es in der Wirtschaftspresse heißt: Zu Lasten des Wasserunternehmens entstanden Schulden für den Kauf immer neuer Unternehmen. Die vielen Millionen Wasserabnehmer *Vivendis* waren nun also von den hochspekulativen und riskanten Finanztransaktionen des *Vivendi*-Chefs betroffen.

Nun musste *Vivendi* versuchen, möglichst rasch viele der Unternehmen wieder zu verkaufen, die zu einem globalen Imperium anwachsen sollten. Wasser- und Umweltbereich wurde nun von den anderen Geschäftsbereichen *Vivendis* getrennt und zu einem selbstständigen Unternehmen mit dem Namen *Veolia* umgeformt.

Das Beispiel
RWE

RWE war früher primär ein Elektrizitätsunternehmen für das Rheinland und Westfalen. Inzwischen ist daraus ein weltweit agierender Konzern mit dem Schwerpunkt Strom-, Gas- und Wasserversorgung geworden. Seit der Liberalisierung des Strommarktes wurden viele Unternehmen in diesem Bereich aufgekauft, weil die Gewinne sanken: Der harte Konkurrenzkampf auf dem Strommarkt führt zu niedrigen Preisen und Verlusten von RWE, der nun vor allem durch Gewinne im Wassergeschäft ausgeglichen wird. Im März 2002 lautete eine Überschrift in der Süddeutschen Zeitung: „RWE verdient gut mit Wasser“ und weiter heißt es in dem Artikel:

„Der weltweite Bevölkerungszuwachs, eine zunehmende Urbanisierung und die Privatisierung einst staatlicher Wasserwerke versprechen für die Wasserversorger eine sprudelnde Ertragsquelle. ... Große Chancen liegen vor allem in den Schwellen- und Entwicklungsländern.“

Sprudelnde
Ertragsquelle
vor allem in
den Schwellen-
und Entwick-
lungsländern

RWE auf
Expansionskurs

In Deutschland ist RWE an insgesamt etwa zwei Dutzend lokalen und regionalen Wasserversorgungsunternehmen beteiligt. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Übernahme der Kontrolle über privatisierte Wasserunternehmen in Osteuropa.

Aber auf dem globalen Markt hinkte RWE lange Zeit weit hinter den französischen Unternehmen *Suez* und *Vivendi* her. Das änderte sich allerdings durch zwei Zukäufe:

- *Thames Water* in Großbritannien
- *American Water Works*

Thames Water ist – wie bereits erwähnt – eines der zehn privatisierten Unternehmen Großbritanniens mit 14 Millionen Kunden im Großraum London und internationaler Beteiligung am Wassergeschäft in aller Welt.

American Water Works ist der größte private Anbieter im Bereich von Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in den USA. Das Unternehmen kaufte selbst vorher 55 kleinere US-Wasserunternehmen auf. „Fressen und gefressen werden“ heißt das Motto.

American Waters Works bringt ausgezeichnete Lateinamerika-Verbindungen in den RWE-Konzern ein. RWE ist nun mit Abstand der drittgrößte Wasserkonzern der Welt und versorgt nach eigenen Angaben 56 Millionen Kunden in 44 Ländern. Ein Drittel der Anteile von RWE ist aber immer noch im Besitz der Kommunen, was bedeutet, dass auch die Kommunen mitverantwortlich sind für die Aktivitäten auf globaler Ebene von RWE. Dazu schrieb das Handelsblatt im April 2002:

„Die beiden Konzerne EON und RWE touren derzeit um den Globus, um neue Beteiligungen zu sammeln. Mit ihren Expansionen stärken sie ihre Kerngeschäftsfelder.“

Mittlerweile hat RWE eine Pause bei der Expansionspolitik eingelegt – die mehr als 20 Milliarden Euro Schulden müssen erst einmal verkräftet werden.

In Südafrika ist Wasserversorgung immer noch vom Erbe der Apartheid geprägt. In wohlhabenden Gebieten, in denen vorwiegend Weiße wohnen, gibt es ein Versorgungssystem nach euro-

Beispiel
Südafrika

päischen Vorbild, in den Armenvierteln der Städte hingegen nur einige Gemeinschaftswasserhähne. In vielen Gebieten auf dem Lande gibt es überhaupt keine öffentliche Wasserversorgung. Mehr als ein Jahrzehnt nach dem Ende der Apartheid macht sich Enttäuschung breit. Caroline Nonganza beschreibt ihre Situation so:

Ich wohne seit 13 Jahren in diesem Gebiet, aber es hat überhaupt keine nennenswerte Verbesserung gegeben. Es gibt nur vier Wasserhähne für Tausende von Menschen.

„Ich wohne seit 13 Jahren in diesem Gebiet, aber es hat überhaupt keine nennenswerte Verbesserung gegeben. Es gibt nur vier Wasserhähne für Tausende von Menschen. Ich muss 15 Minuten gehen, um zu einem Wasserhahn zu kommen. Stellen Sie sich vor, was das bedeutet, wenn ich Wäsche waschen will oder wenn ich krank bin.“

Südafrika gehört zu den wenigen Staaten der Welt, wo das Recht auf Wasser in der Verfassung verankert ist. 6000 Liter Wasser soll jede Familie monatlich kostenlos zur Verfügung gestellt bekommen. Trotzdem fällt es der Regierung aus finanziellen Gründen schwer, dieses Recht auch zu verwirklichen. Denn wer gar nicht erst an die Wasserversorgung angeschlossen ist, für den bleibt diese Zusage nur Theorie. Immerhin sind in den letzten Jahren sieben Millionen Menschen an Wasser- und Abwassersysteme angeschlossen worden. Aber der Bedarf ist noch riesig.

Privatisierung
trotz
Widerstand

Die Regierung hofft, dass private Wasserunternehmen helfen können, diese Lücke zu schließen und fördert zum Teil eine Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik. Bei den Gewerkschaften und in der Bevölkerung stößt diese Haltung mit dem Vorwurf des ‚Thatcherismus‘ auf Widerstand. So wurde die Regierung von Willy Madisha, dem Präsidenten des Gewerkschaftsverbandes COSATU gewarnt:

„Wenn unsere Regierung jetzt nicht die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen stoppt, werden sich die Arbeiter erheben und kämpfen, bis die Regierung erkennt, dass die armen Kommunen nicht für eine Regierung gestimmt haben, die ih-

nen den Zugang zu bezahlbarer Bildung, Wasser, Elektrizität und anderen Grundrechten verweigert.“

Man befürchtet, dass die Wasserpreise steigen und die Anzahl der Beschäftigten in den Wasserwerken sinken wird. Trotz dieses Widerstandes wurde die Wasserversorgung in einem halben Dutzend Städten inzwischen privatisiert, darunter große Teile von Johannesburg. Dort hat der französische Suez-Konzern das Management der Wasserbetriebe übernommen. Wie zu erwarten, stiegen erst einmal die Wasserpreise, wovon Hunderttausende von Familien in der von Arbeitslosigkeit geprägten Region betroffen waren.

Als größtes Problem erwies sich die Nichtzahlung von Wasserrechnungen in den ärmeren Stadtteilen, was schon ein Problem des Kommunalen Wasserbetriebes war.

Suez ging deshalb einfach dazu über, Anschlüsse zu kapfen, wenn nicht bezahlt wurde. Mehrere Millionen Menschen verloren so ihren Zugang zu Wasser. Die Folgen waren dramatisch, auch angesichts von Hygiene und Gesundheitsversorgung. Der Zorn in der Bevölkerung zeigte sich am deutlichsten in der Situation im April 2002 in Soweto. Erboste Bürger des Viertels zogen vor das Haus des Bürgermeisters von Johannesburg, um gegen die Privatisierung zu protestieren. Leibwächter des Bürgermeisters schossen auf die Demonstranten. Die Polizei nahm eine ganze Reihe von Demonstranten fest, was zu einer erneuten Protestaktion vor der Polizeiwache führte. Viele Demonstranten verbrannten ihre ANC-Ausweise. Diese symbolische Aktion kann nur ermessen, wer weiß, was es bedeutete, während der Apartheid Mitglied des ANC gewesen zu sein.

Der Wasserkonzern änderte daraufhin seine Strategie und führte Chipkarten ein. Nur wer Geld hat, kann sie kaufen und neu aufladen. Wenn Kunden nicht zahlen können, fließt nur noch ganz wenig Wasser. Mit struktureller Gewalt wird hier das in der Verfassung verankerte Recht auf Wasser dem Gesetz des Marktes unterworfen und vielfach sogar aufgehoben.

Kein Wasseranschluss mehr für die Armen

Das in der Verfassung verankerte Recht auf Wasser wird aufgehoben

**Privatisierung
als Wirtschafts-
faktor**

Die Privatisierung der Wasserwerke in den Entwicklungsländern trägt die gleichen Züge und wird teilweise auch von den gleichen Akteuren betrieben. Warum wird trotz solcher Erfahrungen bei uns die Privatisierung weiter vorangetrieben? Das entscheidende Argument für die Privatisierung ist, die deutschen Wasserunternehmen für den internationalen Markt zu rüsten und die beteiligten Wasserkonzerne wie RWE und EON haben daran natürlich ein großes Interesse. Auch manche Kommune will Wasserwerke an Privatunternehmen übergeben, damit Geld in die leeren Kassen kommt. Zudem sind die Politiker davon überzeugt, dass Privatunternehmen in jedem Fall effektiver arbeiten als öffentliche Betriebe. Wasser soll zu einer Ware werden und wie jede andere Ware behandelt werden. Die ökologischen Leistungen der Wasserwerke wollen die privaten Unternehmen aber möglichst nicht übernehmen.

**Auslagerung
von
ökologischen
Leistungen**

Gutachter des Bundeswirtschaftsministeriums empfahlen im Jahr 2000, diese Leistungen aus den Wasserwerken auszulagern. Dafür sollen nun staatliche Stellen verantwortlich sein. Der Steuerzahler soll zahlen und die Privatunternehmen entlasten. In dem Gutachten heißt es:

„Von den Wasserversorgern bisher freiwillig erbrachte Umweltleistungen müssen in einer wettbewerblichen Ordnung aus Steuern erbracht werden.“

Es kommt noch ein Problem hinzu: Die Deutschen sind mittlerweile so etwas wie Weltmeister im Wassersparen. Der private und auch der industrielle Verbrauch ist in den letzten Jahren drastisch gesunken. In einer Branchenanalyse der Deutschen Bank im Jahr 2001 heißt es:

**Anreiz zu
höherem
Wasserver-
brauch**

„Die Gewinnorientierung privater Wasserversorgung wird zu einer neuartigen Vermarktung des Gutes Wasser führen. Kein gewinnorientiertes Wasserunternehmen wird seine Kunden dazu auffordern, möglichst wenig Wasser nachzufragen.“

In den 90er Jahren sank der deutsche Wasserverbrauch um etwa ein Sechstel. Das ist ein ökologischer Erfolg, wirft aber

technische Probleme auf. Denn vor allem die Abwasserleitungen und Kanäle sind inzwischen überdimensioniert. Das Abwasser fließt darin oft zu langsam. Die Gefahr von Verstopfungen lässt sich technisch zwar lösen, kostet aber Geld. Steigende Wasserpreise wirken sich bei uns als reiches Land nur auf einen sehr geringen Bevölkerungsanteil aus. Aber in den Ländern des Südens sind es Millionen von Betroffenen. Ihnen droht die Gefahr, dass sie ihren Anschluss an Wasser wieder verlieren. Hinzu kommt, dass die Unternehmen nur dorthin investieren werden, wo Gewinne zu machen sind und nicht in die Gebiete, die dringend eine Wasserversorgung bräuchten. Dafür gibt es den Ausdruck „Rosinen picken“, also nur dort, wo kaufkräftige Kunden zu erwarten sind, wird investiert.

Die kommunalen Wasserwerke widerstehen der Versuchung, mehr Konsum zu fördern, um dieses Problem billig zu lösen. Stattdessen fördern sie weiterhin das Wassersparen. Ein privatisierter Wassermarkt hat eindeutig andere Interessen. Denn wenn Wasser zu einer Ware wird, ist nur ein hoher Verbrauch von unternehmerischen Nutzen. Dazu ein Zitat aus der *Financial Times Deutschland* vom 20. März 2000. Darin geht es um den Manager eines französischen Wasserkonzerns, der sich im Blick auf das Wassersparen der Deutschen Sorgen macht:

„Ihm (*dem Manager*) macht ... die sinkende Nachfrage zu schaffen. Die Deutschen sind Weltmeister im Wassersparen. Ökologisch ist das zu begrüßen, behindert aber das ökonomische Wachstum.“

Und der Manager Henry wird dazu auch direkt zitiert:

„Irgendwann muss der Boden ja erreicht sein. Notfalls müssen wir die Gemeinden um finanzielle Hilfen bitten.“

Man kann sich vorstellen, mit welchem Enthusiasmus solche Unternehmen für das Wassersparen werben. Dies um so weniger, als die festen Kosten eines Wasserbetriebes hoch, die zusätzlichen Kosten für einen weiteren Kubikmeter Wasser aber minimal sind. Gewinn macht man also, wenn man den Absatz ankurbelt. Schließlich ist zu berücksichtigen, dass die Was-

**Gewinn statt
Qualität**

**Wassersparen
behindert das
ökonomische
Wachstum**

serwerke bisher meist eine Wasserqualität liefern, die deutlich über den gesetzlichen Vorgaben liegen. Dafür investieren sie viel Geld, verdienen aber nichts daran.

Einen qualitativen Wettbewerb wird es also auch in Zukunft nicht geben, sondern nur regionale Monopole. Welche Motivation sollte ein gewinnorientiertes Unternehmen also haben, für viel Geld eine bessere Qualität zu bieten, solange die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden? Mit höherer Qualität lassen sich weder mehr Kunden noch mehr Geld gewinnen. Wird wohlschmeckendes Wasser also zu einem Luxusartikel?

Gescheiterte Privatisierung in Bolivien

Überall in der Welt regt sich Widerstand dagegen, Wasser zur Ware zu machen und die Versorgung zu privatisieren. In Cochabamba in Bolivien kam es im Frühjahr 2000 zu massivem Widerstand gegen die Privatisierung des Wassers der Stadt. Die Regierung hatte die städtische Wasserversorgung an ausländische Unternehmen verkauft – mit anschließendem drastischen Preisanstieg. Die Misere der Wasserversorgung in Cochabamba war schon vorher erschreckend:

- Die Mehrheit der Bevölkerung besitzt keinen Anschluss an die Wasserversorgung.
- 60 Prozent des Wassers geht verloren, bevor sie die Wasserhähne der Verbraucher erreichen.
- Die Wasserqualität ist so schlecht, dass sie sogar für die Erkrankung von Kindern verantwortlich gemacht wird.

Verdoppelung der Wasserpreise

Aber die Privatisierung der Wasserversorgung der Stadt im Jahre 1999 wurde von dem Vorwurf der Korruption und der Begünstigung begleitet. Als dann im Frühjahr 2000 der neue Betreiber, der britische Konzern *International Waters* eine drastische Preiserhöhung ankündigte, war die Empörung groß. Die monatliche Wasserrechnung für eine arme Familie sollte von zehn auf 20 US-Dollar steigen, eine Mittelschichtfamilie sollte nun 30 statt 15 Dollar zahlen. Die Proteste führten dazu, dass die Regierung sich mit dem privaten Wasserunternehmen erst einmal auf eine Rücknahme der Preiserhöhung verständigten. Die Regierung hatte dem Investor einen 15-prozentigen Gewinn auf das eingesetz-



Kürschner-Pelkmann, Randzio-Plath, Färber-Husemann, Moonesinghe, Opoku-Agyemang

te Kapital zugesagt. Der war nun nicht mehr zu erreichen und die Privatisierung wurde rückgängig gemacht.

Auch in Ländern wie Argentinien und Ghana gibt es massive Proteste gegen die Folgen der Privatisierung der Wasserversorgung. Ein international tätiges Wasserunternehmen wie *Thames Water* denkt um. Die Planet Water-Broschüre zur Wasserversorgung der Welt schreibt:

„*Thames Water* möchte geschäftliche Beziehungen zu Menschen unterhalten, die mit uns Geschäfte tätigen wollen, nicht mit Menschen, die gezwungen werden, gegen ihren Willen mit dem Privatsektor zu verhandeln.“

„*Thames Water* unterstützt nicht die Bestrebungen, durch die Welthandelsorganisation oder anderen multilateralen Institutionen, staatliche Autoritäten zu zwingen, ihren öffentlichen Bereich zu liberalisieren. *Thames Water* glaubt ganz entschieden, dass nur die staatlichen Autoritäten entscheiden sollten, ob, wie und in welchem Umfang sie einheimische oder ausländische Privatunternehmen einladen, mit ihnen bei der Bereitstellung von Dienstleistungen zusammenzuarbeiten.“

Das stärkste Argument für Privatisierung ist wie erwähnt der schlechte Zustand vieler Wasserversorgungssysteme im Süden der Welt. Hier muss angesetzt werden. Viele Leitungsnetze brauchen eine grundlegende technische Erneuerung. Meist brauchen

Thames Water denkt um

Wasser als Ware oder als kollektives Gut

sie auch ein kompetenteres Management. Die Motivation der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen muss gefördert werden. Gelder werden für den Ausbau des Leitungsnetzes erforderlich. Für die Bürger in den Ländern des Südens wie auch für die westliche Entwicklungshilfe gibt es viele Aufgaben zu bewältigen. Das Engagement für kommunale Wasserwerke bei uns hängt zusammen mit dem Engagement für eine staatliche Wasserversorgung im Süden der Welt. Denn die Akteure für die Privatisierung sind die gleichen. Politischer Druck ist hier wie dort erforderlich.

Notwendig ist daneben, neu über unser Verständnis vom Wasser nachzudenken. Es geht im Kern um die Frage, ob nun auch noch beim Wasser nur der zum Zuge kommt, der das meiste Geld hat. Wasser kann auch verstanden werden als gemeinsames Erbe der Menschheit, das es zu bewahren und auf gerechte Weise zu nutzen gilt. In den großen Religionen der Welt ist das Wasser heilig – im Christentum wie im Islam. Es geht um eine tiefe Achtung des Wassers als Grundlage des Lebens. Vandana Shiva, die sich für Frauenanliegen und die Bewahrung der Umwelt in Indien engagiert, sagt dazu:

„Heilige Wasser führen uns in die Welt jenseits des Marktes, eine Welt voller Mythen und Legenden, voller Glaube und Hingabe, voller Kultur und religiösen Feierlichkeiten. Dies sind die Welten, die uns fähig machen, Wasser zu bewahren und zu teilen und Knappheit in Überfluss zu verwandeln.“



Trinkwasser – eine schwere Verantwortung für Frauen

Puthrika Iromi Moonesinghe

Es ist mir eine große Freude, Ihnen heute auf diesem Seminar in Bonn über die Erfahrungen von Sri Lankas Organisation *Agromart Foundation* berichten zu dürfen.

Mein besonderer Dank gilt dem Marie-Schlei-Verein und der Friedrich-Ebert-Stiftung als den beiden deutschen Veranstaltern, die mich als Vertreterin der *Agromart Foundation* zu dieser Tagung eingeladen haben.

Die Wasser- und Abwasserinfrastruktur gehört zu den gemeinschaftlichen Grundversorgungseinrichtungen, die überhaupt erst die Voraussetzungen für Entwicklung schaffen. Sie sind aber auch für eine bessere Gesundheitssituation und Lebensqualität wichtig. Ein funktionierendes Wasser- und Abwassersystem stellt somit eindeutig einen nationalen Fortschrittsindikator dar.

Wasser ist ein Frauenthema. In den Entwicklungsländern sind es fast ausschließlich die Frauen, die für den Wassertransport sowie den Betrieb und die Unterhaltung traditioneller Wasserversorgungssysteme zuständig sind. Wasser hat für gewöhnlich oberste Priorität bei den Frauen, weil es für die Gesundheit und das Wohlergehen der Familien so wichtig ist.

Wasserversorgung ist
Frauensache

Frauen sind auch die ersten Leidtragenden von Wasserknappheit. Sie werden zusätzlich belastet, wenn die Wasserversorgung nicht funktioniert. Es kann ein Viertel des Arbeitstages in Anspruch nehmen, den täglichen Wasserbedarf heranzuschaffen, so dass wenig Zeit und Energie für ihre vielen anderen Aufgaben bleibt. Trotz dieser Gegebenheiten waren es gerade die armen Frauen auf dem Lande, die in der Wasserversorgung eine wichtige Rolle spielten, ohne dass ihnen bessere Geräte, Techniken und Informationen über deren Einsatz zur Verfügung standen.

Dürrezeiten treffen die Frauen auf dem Lande mehr als andere Menschen. Sie müssen auf der Suche nach Wasser kilometerweit laufen. Frauen benötigen und verbrauchen mehr Wasser als Männer, weil sie ihre ganze Familie damit versorgen, während Männer es nur für ihren persönlichen Bedarf einsetzen.

Mangelnde
Partizipation
von Frauen

Die Mobilität und Partizipation einer Frau auf dem Lande wird allgemein durch traditionelle und kulturelle Zwänge eingeschränkt. So werden häufig die Bedürfnisse der Frauen bereits bei der Projektplanung vernachlässigt, auch weil die meist männlichen Planer wenig von der Rolle und Verantwortung der Frauen wissen. Traditionelles Wissen und Organisationstalent der Frauen bleiben fast immer ohne Anerkennung, so dass viele Projekte die Position einer Frau eher schwächen als stärken. Folglich ist die Situation vieler Frauen wirklich absurd: Einerseits spielen sie die Hauptrolle bei der Wasserbeschaffung für den Haushalt und die Gemeinde, andererseits bleiben ihnen nur wenige oder gar keine Mitsprachemöglichkeiten bei der Einrichtung und dem Betrieb des Wassersystems. Sie sind weiterhin nur die ‚Wasserträgerinnen‘. Eigentlich ergibt sich das Potenzial der Frauen, zweckmäßige und funktionierende Wassersysteme einzurichten, logisch aus ihrer traditionellen Rolle in der Unterhaltung der Wassersysteme und -versorgung.

Sie sind nur
die „Wasser-
trägerinnen“

Sie sind für das Wasser in der Familie zuständig und entscheiden, woher das Wasser geholt wird, wie viel und wofür es verbraucht wird, wie es transportiert, gespeichert und in der Familie zugeteilt wird und nicht zuletzt, wie man es am sparsamsten verwendet. Sie wählen die passende Wasserquelle aus, wobei die Auswahl durch Verfügbarkeit, erforderliche Zeit, Anstrengung, Menge und Qualität bestimmt wird. Sie entscheiden nach uralten, von Müttern und Großmüttern in Bruchstücken übernommenen Informationen, ob das geholte Wasser auch sauber ist. Dabei kann es sich durchaus um traditionelle, auf Volksglauben und Folklore basierende Kenntnisse handeln, die aber häufig einen handfesten praktischen Kern in sich tragen. Bei Wasserknappheit sind Frauen die ersten, die den Wert einer zuverlässigen Wasserversorgung auch für die Gemeinde erkennen. Sie gehen dann häufig entsprechend sparsam mit dem Trinkwasser um. Sie treffen Vorkehrungen, die eine angemessene Nutzung, den Betrieb und die Unterhaltung der Wasserquellen sicherstellen und drängen gegebenenfalls die Männer, neue Brunnen zu graben oder andere Verbesserungen vorzunehmen.

In einigen ländlichen Bezirken Sri Lankas ohne ausreichende Wasserversorgung trennen die Frauen zwischen den Brunnen für Trinkwasser und anderen Brunnen, die zum Baden und Wäschewaschen verwendet werden. Häufig liegen diese Brunnen nah beieinander. Der Trinkwasserbrunnen ist von einer Backsteinmauer umgeben und wird vor Verschmutzung durch die Benutzer so weit wie möglich bewahrt. Der offene Brunnen zum Wäschewaschen und Baden ist nicht so tief wie der Trinkwasserbrunnen und weniger gut unterhalten. Frauen, Männer und Kinder baden darin, waschen Wäsche und Haustiere, ja sogar die Töpfe und Pfannen und andere Haushaltsgegenstände. Die Frauen des Ortes kümmern sich darum, dass die Benutzung der beiden Brunnen klar voneinander getrennt wird, obwohl es dazu keine förmlichen Absprachen gibt.

Frauen als
Hauptverant-
wortliche
ohne Macht

Trennung von
Wasch- und
Trinkwasser

Regeln zur Wassernutzung auf dem Lande

Die traditionelle Bewirtschaftung der Wasserquellen und sanitären Anlagen des Dorfes können durch Gruppenvorschriften und eine soziale Kontrolle in der Nutzung, dem Betrieb und den hygienischen Bedingungen eingeschränkt werden. In einigen ländlichen Gegenden Sri Lankas kümmern sich die Frauen und Kinder aus dem Haushalt des Brunneneigentümers um den gemeinschaftlich genutzten Brunnen, der in der Regel mehrere Familien desselben Viertels versorgt.

Es liegt somit auf der Hand, dass man auf dieser traditionellen Rolle der Frau in der Wasserbewirtschaftung und Wasserversorgung für die Familie aufbauen kann, wenn es um die Errichtung zweckmäßiger und funktionierender Wassersysteme geht. Wenn man jedoch beim Aufbau neuer Systeme diese traditionelle Rolle nicht versteht und anerkennt, werden die Frauen in der öffentlichen Wasserbewirtschaftung weiterhin auf rein körperliche Aufgaben beschränkt bleiben. Dabei besteht die Aufgabe der Frauen lediglich darin, Wasserstellen und Rohrleitungen sauber zu halten oder über Probleme mit der Handpumpe zu informieren und Ähnliches mehr. Aber sie haben keinen anerkannten Status und keine Autorität, weil sie häufig nur eine untergeordnete Position mit wenig oder keinem Mitspracherecht einnehmen und das in einer für sie so wichtigen Angelegenheit wie dem Wohlergehen ihrer Familien.

Zunehmende Anerkennung der Frauen

Seit Mitte der 70er Jahre findet die Rolle der Frauen als Hauptmotor einer verbesserten Wasser- und Abwasserversorgung und eines angemessenen Zustands des Wohnumfelds sowohl in der Gemeinde wie in der Familie zunehmend mehr Anerkennung. Fast ein Jahrzehnt später erst dämmerte es dann auch den Planern und politischen Entscheidungsträgern, dass Frauen stärker einbezogen werden müssten, wenn man in kleinen Gemeinden die Wasserversorgung effektiv organisieren und unterhalten wollte. In den 90er Jahren veränderte sich dann die Art, wie Frauen und ihre Beteiligung an den Aktivitäten der Gemeinde wahrgenommen wurden, erheblich.

Am Ende der VN-Wasserdekade standen die Frauen nicht mehr nur als eine Gruppe da, die ein besonderes Interesse an Wasser- und Abwasserversorgung bekundeten, sondern sie waren im Mainstream angekommen und wurden als Partnerinnen anerkannt. Die großen Belastungen hatten sich damit deutlich reduziert.

Viele NROs in Sri Lanka legen in ihren Programmen großen Wert auf die Gender-Komponente, was bedeutet, dass Frauen und Männer gleichberechtigt in die Planung miteinbezogen sein müssen, um ein Projekt zu nachhaltigem Erfolg zu verhelfen. Dabei werden auch der kulturelle und historische Kontext und die gesellschaftlichen Wertesysteme berücksichtigt. Eine der großen NROs im Bereich Wasser und Abwasser in Sri Lanka nennt sich „*Water and Sanitation Decade Service*“ (Dekade der Wasser- und Gesundheitsdienste) – ein Zusammenschluss von 30 NROs. Heutzutage unter dem Namen „*The Decade Service*“ bekannt, ist diese NRO seit 20 Jahren aktiv und der einzige Zusammenschluss dieser Art in Sri Lanka, der sich immer noch landesweit ausschließlich in der Wasser- und Abwasserversorgung engagiert und zwar sowohl in der Stadt wie auf dem Land.

Die gleichberechtigte Beteiligung der Frauen hat sich bei fast allen Wasserprojekten auf Dorfebene als positiv herausgestellt. Sri Lanka hat in den letzten Jahrzehnten sehr erfolgreiche soziale Mobilisierungskampagnen zur Armutsbekämpfung, zur Unterstützung des ländlichen Raumes und zur gemeinnützigen Gesundheitsversorgung durchgeführt, durch die viele Frauen auf dem Land mit neuen Konzepten in Kontakt gekommen sind. Durch ihr Engagement in diesen Bereichen sind sie offener für Fragen strategischer Bedürfnisse, für das Gender-Konzept und das Führungspotenzial von Frauen geworden. Die Qualifizierung von Frauen für Führungsaufgaben schafft häufig bessere Entwicklungsbedingungen für die Gemeinde, in der sie leben wie auch für die Entwicklung der NRO selber.

Wachsende Genderkomponente in der Wasserversorgung

Qualifizierung von Frauen schafft bessere Entwicklungsbedingungen

**Das Wasser-
projekt von
Agromart**

Die Agromart Foundation ist eine der führenden NROs, die sich in den dürregeplagten Gebieten der südlichen und östlichen Provinzen der akuten Versorgungskrise von Trinkwasser unter den am meisten betroffenen Familien angenommen hat. Größere Teile Sri Lankas hatten in drei aufeinanderfolgenden Anbauperioden keinen ausreichenden Regen. Fehlender Niederschlag wirkte sich sowohl auf den Gesundheitszustand wie auch auf die wirtschaftliche Grundlage der dort lebenden Bevölkerung negativ aus. Die Distrikte von Hambantota, Moneragala und Ampara sind am stärksten von der Dürre betroffen.

Als dieser Notstand auftrat, bei dem auch Agromart-Mitglieder betroffen waren, konnte die Organisation sich weniger um ihr hauptsächliches Ziel – die Verbesserung der Wasserversorgung – kümmern. Das Ziel war jetzt, Ausbildung und Geldmittel in ihren Projekten zur Verfügung zu stellen, um die Verdienstmöglichkeiten der Vereinsmitglieder zu verbessern und sie weniger dürreabhängig zu machen. Es gab Hilfsmaßnahmen für die dürregeplagten Gebiete, die in der Schulung von Vereinen und Familien in Fragen der sparsamen Wassernutzung und -speicherung bestand. Außerdem wurden alternative Verdienstmöglichkeiten entwickelt, die weniger von einer regelmäßigen Wasserversorgung abhängig waren. Dieser Förderungsansatz unter dem Stichwort Empowerment entsprach den praktischen und geschlechtsspezifischen Bedürfnissen der Frauen, da es nicht nur um das Wasser- und Gesundheitsproblem ging, sondern ganz allgemein um bessere Chancen für die Frauen, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten und gleichberechtigt mit den Männern und der Gemeinde an der Entwicklung beteiligt zu werden.

In einer solchen Krisensituation werden alternative Wasserquellen nötig, um die Grundbedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Gerade während der Trockenperioden mit großer Dürre haben es die Menschen in den ländlichen Gebieten schwer, an Wasser von guter Qualität zu gelangen. Sie müssen mindes-

tens drei bis sechs Kilometer laufen, um nur einen Topf Trinkwasser heranzuschaffen. Frauen sind die ersten Leidtragenden einer solchen Situation.

Das von der UNDP (Entwicklungsprogramm der VN) finanzierte Wasserprojekt von Agromart stellte den am stärksten betroffenen Familien in den Dürregebieten Wassersammelbehälter zur Verfügung, die die akuten Versorgungsengpässe bei Trinkwasser überbrückten. Wir gingen davon aus, dass dies angesichts der Wasserknappheit eine praktikable Lösung darstellte. Insgesamt wurden 288 Auffangbehälter in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit 144 Agromart-Frauenvereinen in den betroffenen Gebieten aufgestellt. Jeder Verein baute zwei Wasserkollektoren oder Auffangsysteme für Regenwasser und war für den Betrieb und die Unterhaltung der Behälter auch finanziell mit Eigenmitteln verantwortlich.

Diese Bemühungen haben sich insofern positiv ausgewirkt, als nun 288 Frauen des Vereins von *Agromart* ihre eigenen Regenwasser-Auffangsysteme besaßen. Gleichzeitig hat das Projekt den hauptsächlich beteiligten Frauen mehr Autorität und Verantwortung bei der Bewirtschaftung und Unterhaltung des Systems zukommen lassen, nachdem sie entsprechend geschult wurden. Ihr traditionelles Wissen wird jetzt anerkannt und da sie Hauptnutzerinnen des Wassers sind, sind sie bei der Wartung der Systeme stark involviert – gleichzeitig kommt ihnen eine wichtigere Rolle zu, da verstärkt auch wasserrelevante Technologien eingesetzt werden.

Abschließend kann festgestellt werden, dass diese Zusammenarbeit den Frauen Zugang zu sauberem Wasser verschafft und sich ihr Gesundheitszustand verbessert hat. Außerdem arbeiten sie engagierter in der Gemeinde mit, da sie als Führungskräfte von Agromart nun auch andere dazu auffordern, die Regenwassersammelsysteme zur Trinkwasserversorgung zu nutzen.

**Regenauffang-
systeme gegen
Wasserknapp-
heit**

**Hohe Effizienz
durch
Beteiligung
von Frauen**

**Wasserknapp-
heit trifft zuerst
die Frauen**

Dazu sagt Anulawathie aus Badalkumbura im Distrikt Moneragala:

„Die bessere Wasserversorgung hilft Zeit zu sparen, ist weniger anstrengend und hat mir neue Perspektiven eröffnet. Die gesamte im Haushalt erforderliche Wassermenge zum Trinken, Kochen und Waschen konnte aus den Sammelbehältern gedeckt werden“.

Die bessere Wasserversorgung hilft Zeit zu sparen, ist weniger anstrengend und hat mir neue Perspektiven eröffnet.

Sie berichtet auch darüber, dass ihre Kinder nun weniger an durch Wasser übertragene Erkrankungen leiden. Die Zeit, die sie früher für die kilometerweiten Wege zum Wasserholen vom Dorfbrunnen brauchte, kann sie nun für ihre unternehmerischen Tätigkeiten verwenden.

Damit ist das Wasserprojekt von Agromart nicht nur von praktischem Nutzen, zum Beispiel durch Zugang zu sauberem Wasser und damit weniger Erkrankungen, weniger Kosten und ähnlichem, sondern es hat uns auch eine stärkere Beteiligung an Entscheidungen über andere kommunale Angelegenheiten eröffnet.

„Wir sind zu geachteten Führungsmitgliedern der Gemeinde geworden.“



Was kostet unser Wasser?

Maxwell Opoku-Agyemang

Ich möchte ebenfalls meinen Dank an die Friedrich-Ebert-Stiftung für die Einladung zu dieser Veranstaltung aussprechen.

In meinem Vortrag geht es um den rechtlichen Rahmen für die ländliche Wasserversorgung in Ghana. Wir haben in Ghana Wasser ebenfalls als Grundrecht in unsere offizielle Wasserpolitik aufgenommen. Dies gilt bislang aber nur auf dem Papier. Das Problem ist: Wie setzen wir das um? Wie handhaben wir das praktisch?

Tatsächlich stehen wir in Ghana vor zwei Problemen:

1. Wie ist das Menschenrecht auf Wasser aufrecht zu erhalten?
2. Wie lässt sich eine private Beteiligung an der Wasserversorgung mit unserer Verfassung vereinbaren?

Ich möchte Ihnen schildern, wie wir beides in Einklang zu bringen versuchen. Ist es möglich, das Recht auf Zugang zu Wasser zu Tarifen umzusetzen, die auch die benachteiligten und armen Bevölkerungsgruppen sich leisten können?

Ghana ist ein kleines Land mit offiziell 18 Millionen Einwohnern, inoffiziell ungefähr 20 bis 22 Millionen Menschen. Offiziell haben 46 Prozent der Bevölkerung auf dem Lande Zugang zu Wasser, aber inoffiziell nur ungefähr 36 Prozent. In den städti-

schen Räumen beläuft sich die Zahl offiziell auf ungefähr 60 Prozent, aber inoffiziell auf circa 54 Prozent. Ich gebe sowohl die offiziellen wie die inoffiziellen Zahlen an, weil die Regierung immer versucht, die Situation zu beschönigen und dann schauen die zivilgesellschaftlichen Gruppen genauer hin, ob das auch stimmt und kommen dabei oft zu anderen Zahlen. Manchmal gibt es also erst die offiziellen Zahlen und dann folgen die inoffiziellen. Für eine Großstadt wie die Hauptstadt Accra bedeutet das, dass ungefähr 54 Prozent Zugang zu Wasser haben. Es geht dabei um Leitungswasser, das über das Wassernetz in die Häuser transportiert wird. Die restlichen Bewohner müssen sich mit anderen Wasserquellen begnügen, hauptsächlich per Tanklastwagen. Diese beliefern zu sehr hohen Kosten einzelne Haushalte ohne Zugang zu Leitungswasser.

Hohe Preise für die Armen – niedrige Preise für die Reichen

Die Situation in Ghana ist schon absurd: die Armen zahlen mehr für das Wasser als die Reichen, weil die Reichen direkt über das Leitungsnetz beliefert werden, während die in den Vororten lebenden Armen für das mit Lkws angelieferte Wasser bezahlen müssen. Während also die Reichen ungefähr neun Cent pro 34 Liter Wasser zahlen, sind es für die Armen circa 54 Cent. Wenn wir also über Armut und Wasser in Ghana reden, müssen wir berücksichtigen, dass die Armen mehr für das Wasser bezahlen als die Reichen – und zwar nur wegen des mangelnden Zugangs.

Wir haben unser Wasserversorgungssystem in Ghana in zwei Teile aufgespalten – es gibt ein städtisches System und eines für den ländlichen Raum. In der Stadt liefert die *Ghana Water Company* das Wasser, auf dem Lande die Gemeindeverwaltungen, also kommunale Einrichtungen. Die *Ghana Water Company* ist zwar ein privatwirtschaftliches Unternehmen, aber zu 100 Prozent in Händen des Staates. Bis 1996 hatten die Kommunen keine Kontrolle über die Wasserversorgung. Dann kam die Reform der Wasserversorgung und seither liegt die Versorgung in den Kleinstädten bei den Kommunen, während die *Ghana Water Company* nur noch die städtischen Ballungs-

zentren versorgt. Soweit ich weiß, gibt es dort ungefähr 25 Wasserversorgungsnetze und weitere 75 Netze, die in die Zuständigkeit der Distriktverwaltungen auf lokaler Ebene fallen.

Der Privatisierungsprozess setzte 1996 ein, als man in Ghana die städtischen Versorgungsleitungen privatisieren wollte. Aber dieses Projekt ist bis auf Weiteres wegen der Proteste von Seiten der Arbeitnehmer und der Zivilgesellschaft gestoppt worden. Wir wollten damals den Wassersektor privatisieren und suchten ein Unternehmen, das sich beteiligen und jährlich circa 400 Mio. US-Dollar investieren würde, um die Vorgaben zu erfüllen. Aber es ist für Ghana einfach nicht möglich, ein Unternehmen zu finden, das bereit wäre, einen solchen Betrag jährlich aufzubringen. Deshalb haben wir beschlossen, die Privatisierung der Wasserversorgung aufzugeben und eine neue Strategie zu verfolgen.

Der Rahmen, in dem wir uns eine Beteiligung an der Wasserversorgung vorstellen ist eine teilweise und keine 100ige Privatisierung – das ist unser Ansatz. Ghanas Wassernetz ist in staatlichem Besitz und kennt zwei Wasserarten: Es gibt die natürlichen Wasservorkommen und dann haben wir noch etwas, was wir Wasser mit Mehrwert nennen, das heißt geklärtes Wasser. Auch wasserwirtschaftlich sind das unterschiedliche Systeme. Die Wasservorkommen, also das unbehandelte Wasser, gehören dem Staat und werden vom Präsidenten im Namen des Volkes von Ghana gehalten. Die *Ghana Water Company* als staatliche Behörde verwaltet die Wasserversorgung. Dann betreiben auch die kommunalen Stellen noch kleinere Versorgungseinrichtungen für die Bevölkerung, zum Beispiel Bohrbrunnen und kleine Talsperren.

Wir haben eine nachhaltige Wasserbewirtschaftung eingeführt, weil es noch immer Menschen gibt, die keinen direkten Zugang zu Wasser haben. Sie müssen kilometerweit laufen, um Wasser zu holen. Es ist Teil unserer Politik, ein Verbundsystem für die Wasserwirtschaft einzuführen, damit es eine zuverlässige Versorgung mit Wasser gibt und niemand mehr große Entfer-

Konzepte zur Privatisierung der Wasserversorgung

Das ghanaische System der Wasserversorgung

nungen für das Wasser zurücklegen muss. Wasserholen ist meistens Aufgabe der Frauen. Über diesen Ansatz in der Wasserversorgung, die Frauen zu entlasten, bin ich sehr glücklich. Ich habe selber drei Töchter und es ist daher auch in meinem eigenen Interesse, dass wir hier einen Anfang machen. Gender-Themen sind extrem wichtig und wir müssen dafür kämpfen, dass es unseren Kindern zukünftig besser geht. Eine integrierte Wasserbewirtschaftung verringert die großen Entfernungen zum Wasserholen. Wir haben zu diesem Zweck eine Wasserressourcen-Kommission eingerichtet mit dem Auftrag, über die Sauberkeit des Wassers und seine nachhaltige Bewirtschaftung zu wachen, um ein Versiegen der Quellen, Grund für die langen Wege zum Wasser, zu verhindern.

**Privates
Management
und Frauen als
Kommissions-
mitglieder**

Strategisch versuchen wir dieses Ziel dadurch umzusetzen, dass wir die Arbeit aller – auch der für Trinkwasser zuständigen Manager – für die Wasserbewirtschaftung landesweit koordinieren. Alle sind unter einem Dach zusammengefasst und wann immer eine Entscheidung ansteht, muss es eine koordinierte und ganzheitliche Entscheidung geben.

Die Kommission sieht vor, dass das Leitungsgremium in der Wasserwirtschaft mit mindestens einer Frau besetzt sein muss. In einer männlich-chauvinistischen Gesellschaft wie der unseren ist man gezwungen, auf diese Weise zu verfahren. Wir sind inzwischen aber noch weiter gegangen: Nicht mehr mindestens eine Frau im Vorstand ist nun vorgeschrieben, sondern mindestens ein Drittel Frauen. Es macht schon einen Unterschied, ob sich nur eine Frau unter 14 Mitgliedern befindet oder ein Drittel der Frauen im Gremium sitzen. Das hat natürlich auch die Art und Weise verändert, wie sich Frauen an den Entscheidungen zu Wasserfragen beteiligen.

Wie kauft man sich in den Besitz der Wasserwirtschaft ein? Wem gehört das Wasser und kann auch eine Frau eine Beteiligung an der Wasserwirtschaft in Ghana erwerben kann? Ja, denn es gibt weder eine gesetzliche Beschränkung noch ein Verbot, durch das Personen am Erwerb einer Beteiligung in der

**Wasserwirtschaft
in Ghana mit pri-
vaten und öffent-
lichen Mitteln**

Wasserwirtschaft gehindert werden könnten. Wenn Sie eine Lizenz zum Bohren eines Brunnens oder ähnliches wollen, steht Ihnen das frei, egal ob Sie ein Mann oder eine Frau sind. Das war nicht immer so, sondern änderte sich erst mit der Einführung des neuen Grundbesitzrechtes, das früher nur für Männer galt. Der Besitz an Grund und Boden war den meisten Frauen nicht gestattet. Heutzutage steht es aber jedem von uns offen, ein Wasserrecht von der entsprechenden Kommission zu erwerben. Wenn sie also das Geld haben und eine Wasserstelle einrichten wollen, können Männer wie Frauen die Lizenz dafür von der Kommission erwerben.

In unserem Lande leben ungefähr 70 Prozent der Bevölkerung auf dem Lande und etwa 30 Prozent in den städtischen Zentren. Die Armut unter der Landbevölkerung ist dreimal so groß wie in der Stadt. Wenn man nun in den städtischen Zentren eine Wasserlizenz erwirbt, wird eine sogenannte Rohwassergebühr erhoben. Diese Gebühr ist normalerweise schon im Wassertarif eingerechnet. Im ländlichen Raum sind die Menschen aber ärmer und wenn man dann die Rohwasser-Kosten noch aufschlägt, könnten viele sich das Wasser nicht mehr leisten. Deshalb gilt dieser Aufschlag im Augenblick nur für die Nutzer in den städtischen Regionen und nicht auf dem Land, um die Kosten der Wasserversorgung nicht zu sehr nach oben zu treiben.

Die Tarife auf dem Lande werden außerdem von den Gemeinden selber festgesetzt. 1998 haben sich ungefähr fünf Unternehmen an einer Ausschreibung für die Übernahme des städtischen Wassernetzes beteiligt. Als wir von den notwendigen Investitionen sprachen, forderten sie zunächst eine Erhöhung der Tarife von 9 auf 54 Cent pro 34 Liter. Das hätte katastrophale Auswirkungen gehabt. Ich weiß nicht, wie sich das in der Praxis auf die Menschen ausgewirkt hätte. Deshalb haben wir diesen Plan fallen gelassen. Danach haben fast alle an der Ausschreibung beteiligten Firmen ihr Angebot bis auf Weiteres zurückgezogen. Im Augenblick kann der Wasserpreis bei 13 Cent gehalten wer-

**Ungefähr 70
Prozent der
Bevölkerung
leben auf dem
Lande**

**Kosten der
Wasserversor-
gung nicht zu
sehr nach oben
treiben**

den und wir gehen davon aus, dass er bis 2005 auf ungefähr 20 bis 25 Cent steigen wird.

Deshalb haben wir auch die Strategie geändert. Jetzt geht es uns nicht mehr um eine umfassende Privatisierung, sondern um private Beteiligungen am Verkaufsnetz und bei der Gebührenabrechnung. Das Leitungsnetz gehört immer noch dem Staat. Tarife werden staatlich festgelegt. Wichtig ist jetzt, dass die für die Tariffestsetzung zuständige Kommission unabhängig vom Staat und von den privaten Betreibern bleibt. Wenn sie von den Privatunternehmen oder vom Staat abhängig wäre, würde sie nur noch entscheiden, was man ihr vorschreibt. Welchen Preis man auch forderte, man würde ihn bekommen. Solange aber sichergestellt ist, dass es eine wirklich unabhängige Kommission ist, die die Tarife festlegt, kann man den jetzigen Preis halten, den die Menschen sich leisten können.

Wir haben uns also von der Idee verabschiedet, Privatunternehmen mit in die Wasserversorgung einzubeziehen und damit Wasser wie ein normales Wirtschaftsgut zu behandeln. Wir verstehen es sowohl als soziales Gut wie auch als Wirtschaftsgut und versuchen, beides abzuwägen und die Menschen in unserem Land angemessen mit Wasser zu versorgen. Der Preis von 54 Cent, den die Privatwirtschaft fordert, ist unhaltbar in einem Land, wo viele weniger als einen Dollar pro Tag verdienen. Wie könnten sie 54 Cent pro 34 Liter Wasser zahlen? Aus Not würden sie das Wasser wahrscheinlich aus den Gullies und Regentinnen nehmen, egal wie verschmutzt es wäre. Es ist wirklich ein sehr heikles und kontroverses Thema; was deutlich macht, warum wir den Preis auf jeden Fall halten wollen. Und selbst dieser Preis ist für einige Familien bereits zu hoch.

Die *Ghana Water Company* war früher einmal eine Kapitalgesellschaft, jetzt ist es ein Privatunternehmen, aber 100-prozentig staatlich. Es wird also für und im Namen der Regierung von Ghana verwaltet. Auch in den Kleinstädten war die *Ghana Water Company* früherer Eigentümer des Wassernetzes. Diese Einrichtungen wurden dann 1996 in die Zuständigkeit der Dis-

triktverwaltungen überführt und werden jetzt auch von diesen betrieben. Die Distriktverwaltungen sind Teil unserer lokalen Verwaltungsstrukturen. Wir haben die Zentralregierung, dann die Regionalregierungen und darunter liegen die Distriktverwaltungen. Darunter gibt es dann nur noch die Gemeinderäte. Die Distriktverwaltung als vorgesetzte kommunale Behörde besitzt und verwaltet die ländliche Wasserversorgung.

Dann gibt es noch Systeme, die im Besitz der Gemeinden sind, aber von Geberorganisationen finanziert werden. Einige Gemeinden sind zum Beispiel in der Lage, eine eigene Wasserversorgung aufzubauen. An vielen Stellen, die im Besitz der Gemeinden sind, wird nach Wasser gegraben. Dabei kommt es manchmal zu gemeinsamem Eigentum von Gemeinden und Geberorganisationen, das teilweise gesetzlich geregelt ist. Wenn man im ländlichen Raum eine Wasserversorgung aufbauen will, schreibt das Gesetz vor, dass fünf bis zehn Prozent der Kosten von der Gemeinde bezahlt werden müssen und die Regierung den Rest zahlt. Damit werden dann beide Parteien Eigentümer.

Aber auch die fünf bis zehn Prozent Mindestbeteiligung sind nicht immer einfach aufzubringen. Deshalb springen manchmal Geberorganisationen ein und übernehmen die Kosten für die ländliche Bevölkerung.

Vielfach ist man der Meinung, dass Wasserqualität ihren Preis kosten sollte, weil man für eine gute Qualität ja investieren muss. Aber bleibt das Wasser dann für die ärmere Bevölkerung noch bezahlbar? Wie ist ein sozialer Preis mit einer hohen Qualität des Wassers vereinbar? Es ist wirklich nicht leicht, das unter einen Hut zu bringen. Die von uns formulierten Satzungen sehen vor, dass alle Privatpartner, die sich an der Wasserwirtschaft beteiligen wollen, einen von der WHO festgelegten Qualitätsstandard einhalten müssen und zwar ohne dass dadurch die Tarife nach oben schießen. Bislang gibt es sechs Pilotprojekte hierzu, ohne dass Probleme aufgetreten sind.

Nicht mehr umfassende Privatisierung, sondern private Beteiligungen

Abschied vom Privatsektor

Wasser ist sowohl soziales Gut wie auch Wirtschaftsgut

Kooperation von Geberorganisationen, Gemeinden und Regierung

Bezahlbare Wasserqualität trotz Investition

Analysen, um die Wasserqualität sicherzustellen

Von staatlicher Seite gibt es Kontrollen, ob die Standards eingehalten werden und zwar durch eine Qualitätsüberprüfung aus der Privatwirtschaft. Die Wasserbetreiber legen dafür Proben vor, die vierteljährlich von der Wasser- und Abwasserbehörde der Distriktverwaltung untersucht werden. Wir ermöglichen es auch zivilgesellschaftlichen Gruppen, solche Analysen durchzuführen, um die Wasserqualität sicherzustellen. Oft reichen die kommunalen Kapazitäten nicht aus, um die Proben zu untersuchen. Manchmal ist die Untersuchung der Wasserproben auch sehr teuer. Wir machen es deshalb mit der Zivilgesellschaft zusammen, um an unabhängige Analysen zu gelangen und sicherzustellen, dass die versprochene Wasserqualität wie der Wasserpreis auch eingehalten werden. Das zu gewährleisten ist nicht einfach. Aber unserer Meinung nach sollte man, auch wenn man arm ist, einen Mindestlebensstandard erwarten können.

Wir wissen, dass für jeden, der investiert, der Profit im Vordergrund steht

Der *Ghana Standard Board* ist die Behörde, die für die Qualitätsstandards zuständig ist. Diese soll gemeinsam mit der nationalen Behörde festgelegt werden. Das bedeutet, dass in ganz Ghana die Wasserqualität diesen Standards entspricht. Die nationalen Standards unterscheiden sich somit nicht von denen auf kommunaler Ebene. Das ist ausgesprochen wichtig, denn wir alle wissen, dass für jeden, der in der Wasserwirtschaft investiert, der Profit im Vordergrund steht. Ergibt sich dann eine Möglichkeit, sich um etwas herum zu mogeln und dadurch Kosten zu sparen – und die geforderte Qualität stellt einen Kostenfaktor dar – dann werden Gewinne zu Lasten der Qualität gemacht. Oder die Tarife für gutes Wasser werden angehoben.

Mit dieser Aufgabe habe ich mich im Auftrag des *Community Water and Sanitation Board* beschäftigt, einem Fachgremium, das für die Sicherung der Wasserqualität zuständig ist. Die Mitarbeiter des *Community Water and Sanitation Board* helfen vor Ort in den ländlichen Gemeinden bei der Qualitätsanalyse.

Wir haben zunächst zwei Optionen erwogen:

- einmal eine reine Privatisierung im Sinne des Verkaufs an eine Privatperson, die privates Kapital zur Verfügung stellt
- und andererseits ein gemischtes System, bei dem die Eigentumsrechte beim Staat verbleiben und Privatpersonen unterstützend im Management tätig sind.

Denn fehlende Effizienz ist bislang eines der Hauptprobleme unserer Wasserversorgung gewesen, weil viele Mitarbeiter gar nichts leisteten, aber dafür kosten. Wir haben uns deshalb bei der ländlichen Wasserversorgung für einen Managementvertrag entschieden, der keinen ausländischen Investoren, sondern ausschließlich den Menschen vor Ort angeboten wird. Die Versorgung in der Stadt dagegen steht ausländischen Investoren offen, aber wie ich schon geschildert habe, ist sie fürs Erste wegen der Preisdiskussion gescheitert. Das Versorgungsnetz ist Eigentum der Distriktverwaltung, die es wiederum der betreffenden Gemeinde zur Verfügung stellt. Diese richtet ein sogenanntes *Community Water and Sanitation Development Board* ein, das dann für die Wasserversorgung zuständig ist und Privatpersonen auffordert, sich zu engagieren.

Für die Manager aus der privaten Wirtschaft wird ein Managementhonorar auf der Grundlage der festgelegten Zielvorgaben gezahlt. Diese lokalen Betreiber sind aber nicht mit der Festsetzung der Tarife befasst. Der Tarif wird vom *Community Water and Sanitation Development Board* mit Zustimmung der kommunalen Behörde festgelegt. Damit belassen wir das Netz als Eigentum der Gemeinden und ziehen gleichzeitig Privatpersonen hinzu, um die Arbeit effizienter zu gestalten. In Ghana haben zum Beispiel staatliche Unternehmen manchmal Chauffeure angestellt, obwohl sie gar keine Fahrzeuge haben. Man hat keine Fahrzeuge, aber Fahrer, was die Produktionskosten natürlich erhöht. Die Effizienz der Privatbetreiber ist also wirklich notwendig und nützlich.

Privatpersonen statt ausländische Investoren

Öffentliches Eigentum – privates Management

Im Rahmen des Community Public Private Initiative (CPPI) gibt es Pilotprojekte, bei der die Gemeinde und die Öffentlichkeit sowie Privatpersonen unterstützend tätig sind. Die Eigentumsrechte verbleiben in öffentlicher Hand und Privatpersonen agieren nur unterstützend im Management. Investitionen werden weiterhin von der öffentlichen Hand getätigt und private Manager müssen mit dem Geld wirtschaften, das ihnen zur Verfügung gestellt wird. Der Honorarvertrag ist zeitlich auf fünf Jahre begrenzt und kann dann noch einmal verlängert werden. Aber danach gibt es nicht automatisch weitere Verlängerungen. Verlängert wird außerdem nur, wenn alle eingegangenen Verpflichtungen erfüllt wurden. Nach der Ablauf eines Vertrags soll es einem größeren Personenkreis ermöglicht werden, einzusteigen und mitzuwirken. Der Auftrag geht an die Gemeinde zurück, damit sich weitere Personen bewerben können. Das verhindert, dass ein Monopol entsteht, das automatisch fortgeschrieben wird. Die Manager sind dadurch angehalten, die Vorgaben einzuhalten, die wir ihnen gesetzt haben.

Im Vertrag gibt es eine klare Zuständigkeit für die Produktion und den Vertrieb, der in kommunaler Hand bleibt. Es sind immer die Gemeinden selber, die die Tarife festsetzen.

In den Städten gibt es zwar preiswerteres Wasser, aber manchmal ist die Versorgung zwei Wochen lang unterbrochen. Auf dem Lande gibt es diese Unterbrechungen nicht, deshalb kommen eigentlich wenig Beschwerden über den Preis, obwohl das Wasser dort teurer ist. Das Wichtigste dabei ist, sicherzustellen, dass die Gemeinde den Betreiber kontrolliert. Denn ich kann Ihnen versichern, dass, sobald der Betreiber den Preis bestimmt, die Armen sich den Zugang zu Wasser nicht mehr leisten können. Zu diesem Zweck gibt es Statuten, die von der Distriktverwaltung erlassen werden. Es geht also nicht nur um einen reinen Geschäftsbetrieb, sondern um Gesetze, die die Rahmenbedingungen festlegen.

Wichtig, dass die Gemeinde den Betreiber kontrolliert

Die Entwicklungspartnerschaften mit der Privatwirtschaft (public private partnership) spielen auch bei uns eine Rolle. Ich bin in der glücklichen Lage, dazu mehr ausführen zu können, weil ich dieses Gesetz zur Verwaltung der Wasserversorgung mit formuliert habe: der Tarif wird ausschließlich von der Gemeinde, aber in Rücksprache mit dem zuständigen privaten Manager festgelegt. Man hat seine Betriebsmittel, aber es ist die Gemeindeversammlung, die beschließt, wie viel sie sich nach ihrem Ermessen leisten kann.

Bevor Privatunternehmen ein Angebot unterbreiten, sagen wir ihnen, wie viel die Gemeinde in den nächsten fünf Jahren zur Verfügung hat. Wir fragen, ob sie sicher sind, die Qualität gewährleisten und die Gemeinde zu dem Preis mit Wasser beliefern zu können. Der Vertrag wird dann auf dieser Grundlage abgeschlossen. Wenn keine zusätzlichen Kosten wie häufiger Stromausfall notwendig werden, der es nötig macht, einen Generator mit Dieselmotor zur Stromerzeugung einzusetzen, muss der Partner sich im Rahmen der von der Gemeinde beschlossenen Mittel für den vereinbarten Zeitraum von fünf Jahren bewegen. Auf diese Art können wir den Privatbetreiber überwachen und kontrollieren. Sollte der Betreiber zu den abgemachten nicht mehr liefern können, dann trennt man sich im gegenseitigen Einverständnis und ein neuer Betreiber kann ein Angebot unterbreiten oder es geht an die Gemeinde zurück, die die Versorgung dann in die eigenen Hände nimmt. Seit vier Jahren hat es keine Tarifierhöhungen mehr gegeben.

Ohne Zugang zu Trinkwasser sind unsere offenen Flüsse die einzige Wasserquelle, aber sie sind verschmutzt. Wir müssen deshalb auch die Verschmutzung des Wassers und jede Aktivität, die die Wasserqualität beeinträchtigt, so weit wie möglich unterbinden.

Wir haben außerdem festgelegt, dass es keinem Betreiber erlaubt ist, besonders wasserabhängige Einrichtungen wie Schulen, Gesundheitseinrichtungen und andere öffentliche Einrichtungen vom Netz zu nehmen. Aber dann muss natürlich jemand

Rahmenbedingungen der public private partnership

Verschmutzung des Wassers so weit wie möglich unterbinden

die Rechnungen bezahlen. Es ist dann Aufgabe der Distriktverwaltung, den Betreiber aus dem Steueraufkommen zu bezahlen, wenn es eine Größenordnung angenommen hat, die sich die Bevölkerung nicht mehr leisten kann. Die Abrechnung geht dann an die lokale Verwaltung, die die Rechnung bezahlt, damit das Wasser nicht abgestellt wird. Somit werden besonders abhängigen Einrichtungen nie ohne Wasser sein. Gleichzeitig wurde sichergestellt, dass Frauen im zuständigen Gremium, dem *Community Water and Sanitation Board*, gut vertreten sind.

Privatisierung
als Lösung?

Wir haben weiterhin das Problem, der Mehrheit unserer Bevölkerung Zugang zu Wasser zu verschaffen. Wir haben außerdem nicht genug Geld für den Ausbau der Wasserversorgung. Es gab auch Probleme mangelnder Effizienz – aber ist die Privatisierung für all diese Probleme die richtige Lösung? Wir haben für uns beschlossen, dass eine 100-prozentige Privatisierung nicht der beste Ansatz ist. Vielmehr sollte sichergestellt werden, dass die Eigentumsrechte bei der Gemeinde verbleiben, aber private Beteiligungen mit staatlicher Kontrolle möglich werden. Gleichzeitig wurde in den Entscheidungsgremien der Anteil der Frauen erhöht. Ich meine, dass wir unter diesen Bedingungen unsere Bevölkerung mit Wasser versorgen können, das sich alle leisten können.



Kürschner-Pelkmann, Randzio-Plath, Färber-Husemann, Moonesinghe, Opoku-Agyemang

Fragen aus dem Publikum

Färber-Husemann: Zur Einleitung in die Diskussion möchte ich mit einer Frage an die Podiumsmitglieder beginnen: Ein roter Faden, den ich aus allen Ihren Referaten ziehe, ist der Widerstand gegen die Privatisierung, der überall stattgefunden hat. Überall gab es Proteste und Demonstrationen, womit vermutlich auch weiter zu rechnen ist. Gibt das nur einen kleinen Vorgeschmack darauf, was auf uns zukommt, wenn Wasser wie eine Ware behandelt wird?

Kürschner-Pelkmann: Tatsächlich gibt es viele Proteste in den Ländern des Südens, da die Privatisierung dort ganz deutlich eine existentielle Dimension annimmt. Aber es gibt auch Proteste in Deutschland. Mit zunehmender Privatisierung in Ländern wie Indonesien, Argentinien oder Bolivien rechne ich auch dort mit Widerstand. Eine Konsequenz daraus ist die neue Strategie einiger Unternehmen – darunter auch *Thames Water* – nicht mehr dorthin zu gehen, wo sie nicht mehr erwünscht sind. Das halte ich für einen großen Erfolg. So betonte *Thames Water*, dass das Unternehmen gegen jeden Druck zur Privatisierung seitens der Regierung oder Institutionen wie der Weltbank ist und dass es in Ländern, wo den Einwohnern eine Privatisierung aufgezwungen wird, nicht mehr aktiv sein wird. Hinzu kommt, dass die Initiativen gegen die Privatisierung sich immer stärker international vernetzen. So haben die Organisationen in Ghana, die gegen die Privatisierung vorgingen, sich vorher bei den Privatisierungsgegnern in Großbritannien, auf den Philippinen und in Lateinamerika informiert und konnten so mit geschärften Argumenten in den Widerstand gehen.

Frage: Ich bin wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachbereich internationaler Umweltschutz des Umweltbundesamtes. Ich betreue vorwiegend die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Inwieweit ist es möglich, die bereits gemachten

International
vernetzter
Widerstand

Erfahrungen zu vernetzen, da die Probleme sich überall ähnlich gestalten und das Rad nicht jedes Mal neu erfunden werden muss. Bei den neuen Ländern Osteuropas geht es zur Zeit darum, eine sozial verträgliche Preisgestaltung, eventuell also Tarife für Menschen zu schaffen, die weniger zahlen können. Ich denke, wir könnten da viel vom Modell in Ghana lernen.

Randzio-Plath: In Europa haben wir tatsächlich einen Vorgeschmack für die Probleme der Wasserversorgung im Zusammenhang mit der Osterweiterung der Europäischen Union bekommen. Diesen Ländern muss klar gemacht werden, dass sie nicht in die EU aufgenommen werden können, wenn sie sich gegenseitig das Wasser abgraben. Mit solchen Situationen muss man auch in den Ländern des Nahen Ostens rechnen. Dort müssen sich Frauen stärker organisieren und vernetzen, weil sie die Hauptleidtragenden sind.

Die Frage der Liberalisierung, der Preise, der Verwaltung von Wasserwerken ist kein rein technokratisches, sondern ein zentrales politisches Problem. Wer hier am Hebel sitzt, entscheidet über die Zukunft.

Auch bei uns gibt es Aktionen wie zum Beispiel in Hamburg, wo es sogar ein Volksbegehren per Unterschriftensammlung gab, um die Qualität des Trinkwassers zu gewährleisten. Erst kürzlich nahm ich an einer Veranstaltung von Hamburger Umweltschulen teil, in denen auch die Kinder über die Probleme aufgeklärt wurden und ich konnte feststellen, dass selbst Achtjährige sehr genau verstehen, worum es geht. Ich halte es für wichtig, dass auch die Umweltnetzwerke der Frauen, die in anderen Bereichen – zum Beispiel zum Thema Rettung der Wälder oder Erosionen aufgrund von Überschwemmungen – so erfolgreich waren, sich stärker auf das Thema Wasser konzentrieren.

Färber-Husemann: Wenn internationale Konzerne mit der Ressource Wasser so umgehen wie mit den Bodenschätzen in Afrika, wird es dann zu Wasserkriegen kommen?

Opoku-Agyemang: Ich befürchte, ja. Wir haben 1998 mit der Privatisierung begonnen. Wie Sie sicher wissen, besitzt Ghana Goldminen, die zum größten Teil in privater Hand sind. Aber die ghanaischen Firmen sind sehr misstrauisch, wenn auswärtige Firmen sich beteiligen wollen, weil sie immer davon ausgehen, dass sie nur den Profit suchen und erst einmal die Tarife erhöhen. Aber die Tarife in Ghana waren so niedrig, dass es unmöglich war, sie auf einen Schlag so anzuziehen, dass sich eine Investition ausländischer Firmen gelohnt hätte. Es ist uns klar, dass die profitorientierten internationalen Konzerne nicht in unser Land kommen, um die Bedürfnisse unserer verarmten Bevölkerung zu befriedigen, auch wenn sie dies vorgeben. Das ist der Hauptgrund für den Protest, den sie ernten.

Moonesinghe: In Bezug auf die Wasserversorgung haben wir bisher keine internationalen Firmen, die nach Sri Lanka gekommen sind. Aber wir haben Unternehmen, die Trinkwasser in Flaschen verkaufen. Aber das gibt es nur in den Städten und betrifft auf keinen Fall die ärmere Bevölkerung auf dem Land. So haben wir auch keine Proteste gegen Privatisierung.

Randzio-Plath: Ich möchte noch etwas zu Frau Moonesinghe hinzufügen. Vor seiner Kolonialisierung war Sri Lanka ein starkes Exportland von landwirtschaftlichen Gütern. Aufgrund der ausgezeichneten Wasserversorgungssysteme verfügte Sri Lanka über große Anbauflächen für Reisplantagen. Diese Wasserversorgung steckte voller innovativer Kenntnisse und ist ein Beispiel für die Traditionen, die in einem Land zu Jahrhunderte langer exzellenter Landwirtschaft geführt hat.

Frage: Ich bin Referentin für Weltwirtschaft und Globalisierung bei der SPD-Bundestagsfraktion. Ich habe hier gelernt, dass die Kontrolle über so eine Ressource und der Zugang zu Wasser enorm wichtig ist und dass eine unkontrollierte Privatisierung sowohl in den Industrieländern wie in den Entwicklungsländern negative Folgen hat. Wie weit ist es möglich, einerseits Kontrolle auszuüben, andererseits auch private Investoren

Hindernisse
für die
Privatisierung
in Ghana

Privatisierung,
Entwicklungszusammenarbeit
und die Rolle
der Kommunen

Wasser als
neuer Aspekt
für die Umwelt-
netzwerke
der Frauen

mit ins Boot zu holen? Meine zweite Frage: Wie weit kann der Aufbau von Wasserversorgung von den Kommunen selbst bestritten werden? Verfügen sie zumindest in den Städten über eigene Kanäle und Leitungen? Wie weit kann man zum Beispiel auch international Methoden für die Entsorgung und Aufbereitung des Wassers gewährleisten?

Von der Regierungsfraktion haben wir auch im Rahmen der Verhandlungen der WTO und spezifisch zum Thema GATS (Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen) festgelegt, dass solche Dienstleistungen wie die der Wasserversorgung nicht unkontrolliert in der Privatisierung aufgehen dürfen. Auch dürfen Entwicklungsländer nicht dazu gezwungen werden, ihren Dienstleistungssektor zu privatisieren. Wie weit kann man diese Regeln einhalten und die negativen Folgen der Privatisierung von vorne herein ausschließen, wenn eine neue Wasserversorgung aufgebaut wird?

Randzio-Plath: Zu den GATS-Verhandlungen: Von der Europäischen Kommission hören wir dazu immer, dass die Entwicklungsländer von sich aus nach Angeboten fragen, um ihre Wasserversorgung aufzubauen und zu gewährleisten. Da kommen die unterschiedlichsten Interessenlagen zusammen und werden im Übrigen auch sicherlich mit von den Konzernen beeinflusst. Das macht eine Vernetzung der Aktionsbündnisse und ihrer Erfahrungen unbedingt notwendig. Deshalb muss sowohl in den Transformations- wie in den Entwicklungsländern derselbe Ansatz entwickelt werden, denn es handelt sich hier wie dort um eine gesellschaftspolitische Umstrukturierung.

Zur Frage von Zugang zu Wasser und Qualitätskontrolle: Ich denke, das sind die beiden zentralen Aspekte zur Wasserversorgung, bei der – wie bei allen anderen öffentlichen Gütern – grundsätzlich bestimmte Regelungen und Kriterien eingehalten werden müssen. Margret Thatcher betrieb damals die Privatisierung ohne die geringsten Auflagen. Inzwischen versucht der Staat in anderen Ländern durch Kommissionen und Beiräte Einfluss zu nehmen und die Unternehmen auch in der Preisge-

staltung zu kontrollieren. Der universale Zugang zu Wasser ist ein Teil des Menschenrechts.

Eine dritte Bemerkung zur Verantwortung der Frauen: Warum sind eigentlich immer für alles, was schwierig und mühsam ist, die Frauen zuständig? Dabei handelt es sich fast ausschließlich um Dinge, die lebenswichtig sind und von allen gebraucht werden. Deshalb schlage ich den Slogan vor, der hier in Deutschland herrscht: Partizipation der Männer am Haushalt im Tausch gegen Partizipation der Frauen an der politischen Macht.

Frage: Meine erste Frage geht an Herrn Opoku-Agyemang. Ich arbeite beim Deutschen Entwicklungsdienst. Welche privaten Unternehmen arbeiten in dem von Ihnen dargestellten System? Meine zweite Frage geht an alle im Podium: Wie stellen Sie sich die Unterstützung und Mitwirkung durch Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit vor?

Opoku-Agyemang: Ich sagte bereits, dass die ländlichen Wasserversorgungen vollkommen in den Händen der lokalen Verwaltungen sind. Sie sind von denjenigen installiert, die Fähigkeiten und Mittel haben, die Wasserproduktion durchzuführen. Sie transformierten von staatlichen Wassergesellschaften in kleine lokale Wasserversorger. Sie sind auch am Management beteiligt. Die städtischen Versorger werden unterstützt von zwei Firmen aus Südafrika, zwei aus Großbritannien und einer Firma aus Frankreich und einer aus Schweden.

Frage: Ich bin Afghane und lebe seit 32 Jahren in Deutschland. Als Umweltanalytiker habe ich mit dem Thema Wasser also sehr viel zu tun. Auch meine Frage geht an Herrn Opoku-Agyemang: Habe ich Sie richtig verstanden, dass man auch bei der Bohrung eines Brunnens um eine Genehmigung bitten muss? Ich hatte außerdem den Eindruck, dass Sie die Privatisierung sehr loben. In Deutschland haben wir ganz andere Erfahrungen gemacht, obwohl die Qualitätskontrollen sehr streng sind. Auch hier können wir die Kriterien nicht einhalten, wenn wir privatisieren. Wie können dann die Auflagen zur

Qualitätskontrolle trotz Privatisierung?

Qualität, die die Gesundheit der Menschen betrifft, in den Entwicklungsländern gewährleistet werden?

Opoku-Agyemang: Was die Erlaubnis angeht, einen Brunnen zu bohren: Wenn Sie das auf ihrem eigenen Grundstück tun, brauchen Sie keine Erlaubnis. Aber sollte dieser Brunnen in Gemeineigentum übergehen, muss das geprüft werden. Alle Brunnen, die öffentlich zugänglich sein sollen, bedürfen der Erlaubnis. Was die Standards für die Wasserqualität angeht – dazu gibt es eine Kammer, die diese Standards bereits seit langer Zeit festgeschrieben hat und die – ob privat oder öffentlich finanziert – eingehalten werden müssen. Natürlich haben die lokalen Wasserversorgergruppen nicht die Kapazität, die Qualität zu prüfen und die wissenschaftlichen Analysten, die dazu nötig wären. Aber wir haben eine Kommission eingerichtet, eine Gesundheitsbehörde, die dafür verantwortlich ist, den lokalen Wasserversorgern bei der Prüfung der Qualitätskriterien zu helfen.

Färber-Husemann: Ist Privatisierung grundsätzlich abzulehnen oder kann man in kleineren Projekten oder sogar mit den Multis zusammen arbeiten, wenn man eine gesetzliche Kontrolle über sie hat?

Opoku-Agyemang: Privatisierung muss nicht generell schlecht sein, allerdings nur, wenn man gewisse Kriterien in Kraft setzt. Bei privaten Firmen ist das Hauptinteresse immer der Profit, auf der anderen Seite ist die Versorgung für alle das Hauptinteresse. Aber wir hatten auch Vorteile von der Privatisierung. Als wir unsere Telefongesellschaften zum Teil privatisierten, haben sich die Leistungen tatsächlich verbessert. Aber Wasserversorgung ist etwas anderes als der Telefonanschluss. Ich will damit nur sagen, dass man Privatisierung differenziert betrachten muss. Aber klar ist natürlich, dass man nicht das Ganze aus der Hand geben kann, bevor man nicht die Rahmenbedingungen festgelegt hat, um zu verhindern, dass die Preise von privater Seite willkürlich angehoben werden. Das Problem ist,



Kürschner-Pelkmann, Randzio-Plath, Färber-Husemann, Moonesinghe, Opoku-Agyemang

dass wir nicht die Kapazitäten haben, etwas aufzubauen. Die Privatisierung der städtischen Wasserversorgung haben wir gestoppt, weil wir den Eindruck hatten, dass alles zu schnell geht und wir nicht mehr hinterher kommen. Deshalb mussten wir uns erst einmal darauf besinnen, was eigentlich in den anderen Ländern mit der Privatisierung für Erfahrungen gemacht haben, zum Beispiel mit dem Konzern Vivendi. Vivendi ist bei uns an der Küste tätig. Die Preiserhöhungen, die da im Spiel waren – fast 200 Prozent – konnten von unserer Bevölkerung nicht bezahlt werden. So haben wir die Übernahme der städtischen Wasserversorgung durch Privatfirmen gestoppt. Dennoch glaube ich nicht, dass Privatisierung nur schädlich ist. Aber bevor wir nicht abschließend beurteilen können, was es damit auf sich hat, müssen wir das Problem genau studieren und von den Erfahrungen anderer Länder lernen. Das betrifft auch unser gegenwärtiges System, in dem das Management von privater Seite kommt. Noch lässt sich nicht abschließend sagen, was besser ist: die moderate Privatisierung, wie wir sie zur Zeit fahren, oder die totale Privatisierung.

**Effizientes
Management**

Als letzte Anmerkung: Wir brauchen Leute die uns dabei helfen, all die Fähigkeiten zu erwerben, die man braucht, um ein gutes Management zu führen. Unsere Ausbildung dafür ist sehr unzureichend. Um zum Beispiel Frauen in die Politik zu bringen, haben wir etwa 200 Frauen in die lokale Politik eingeführt. Zur Zeit bewegen sie sich auch ins nationale Parlament. Unter den 200 Parlamentariern gibt es zur Zeit nur 19 Frauen. Sie unterstützen dort ihre lokalen Gruppen. Wir möchten, dass die Anzahl auf 50 Parlamentarierinnen bis 2004 anwächst. Ich glaube, so können wir Frauen mit politischer Macht ausstatten und sie in Positionen bringen, die Veränderungen bewirken können.

Moonesinghe: Was sich in der Frage um Kontrolle und Einflussnahme der Wasserversorgung wichtig finde, ist, der Bevölkerung in den ländlichen Gebieten zu ermöglichen, an Entscheidungen teilzuhaben. Bei allem, was die Art der Versorgung betrifft, sollte die Bevölkerung beteiligt sein. Alle Probleme, die im Vorfeld nicht besprochen werden, brechen irgendwann auf. Die Forderungen für die Wasserversorgung können nur von den Menschen vor Ort kommen und die Frauen spielen dabei eine große Rolle. Um sie kommt ein solcher Entscheidungsprozess nicht herum. Als wir über die Tanks für die Bewässerung diskutierten, waren die Frauen die wichtigsten Ansprechpartner für die Art und den Ort der Tanks. Wir diskutierten über die Zahl der Haushalte, die davon profitieren sollten. Wir diskutierten alles, ohne etwas auszulassen. Wir wollten vor allem, dass die Frauen davon profitieren – noch vor den Familien im Allgemeinen.

Frage: Ich bin Gutachterin für Entwicklungszusammenarbeit. Nach meinen Kenntnissen investiert die Mehrheit der hauptsächlich städtischen Kommunen in den Entwicklungsländern nicht ausreichend in eine funktionierende Wasserversorgung. Das mag verschiedene Gründe haben. Entweder ist das Geld schlichtweg nicht da oder es herrscht Korruption oder es wird für andere Dinge ausgegeben. Ganz unabhängig von der Frage der

Privatisierung würde mich interessieren, wie denn die notwendigen Investitionen stattfinden sollen. Von Herrn Opoku-Agyemang haben wir gehört, dass Wassertarife von den Kommunen festgelegt werden. Ich stelle mir vor, dass man für die Einnahmen aus diesen Tarifen, die eingefahren werden, nur eine bestimmte Summe für Investitionen ausgeben kann. Gibt es denn von den Kommunen eine Diskussion darüber, wie man an das fehlende Geld kommen kann?

Kürschner-Pelkmann: Es gibt vier Hauptgründe, warum die Kommunen nicht genügend Geld haben, um die Wasserversorgung ihrer Bevölkerung zu garantieren:

1. Verarmung der Bevölkerung, was bedeutet, dass viele einfach nicht in der Lage sind, die Wasserpreise zu bezahlen, so dass die Kommunen nicht kostendeckend arbeiten können.
2. Viele staatliche Behörden, auch das Militär, bezahlen schlicht und einfach ihre Wasserrechnungen nicht. Es ist sehr schwierig, zum Beispiel die Wasserrechnung einer Kaserne einzuklagen.
3. Das Missmanagement der Wasserbetriebe macht in der Tat eine Ausbildung im Management erforderlich.
4. Viele Wasserversorger haben erhebliche Wasserverluste. In den Städten der Entwicklungsländer betragen die Verluste zwischen 40 und 50 Prozent. Die Hälfte des Wassers ist also schon weg, bevor es überhaupt beim zahlenden Kunden ankommt.

Daraus ergibt sich auch, was dafür getan werden kann, um die Wasserversorgung zu verbessern. Die Unternehmen müssten systematisch über diese Probleme aufgeklärt werden, um höhere Einnahmen erzielen zu können. Das bedeutet auch, ein realistisches Preisniveau festzusetzen, also sozial gestaffelte Preise einzuführen.

Dennoch sind Entwicklungshilfegelder weiter erforderlich, denn bei einem so niedrigen Pro-Kopf-Einkommen können selbst

**Systematische
Aufklärung der
kommunalen
Unternehmen**

effizient arbeitende Wasserversorger unmöglich alle notwendigen Investitionen aufbringen, um eine gute Wasserversorgung zu betreiben.

Dann müssen auch die Regierungen selbst einmal über ihre Prioritäten nachdenken. Die Privatisierungsgegner in Südafrika kritisieren beispielsweise, dass Südafrika immer das Argument bringt, es sei nicht genug Geld da, aber auf der anderen Seite sehr viel Geld für Rüstungsprojekte übrig hat.

Und als letzte Antwort auf die Frage: Wie können private Unternehmen in diesem Prozess mit einbezogen werden? Tatsache ist, dass die großen Wasserunternehmen über viel Erfahrung und auch Kapital verfügen und damit einen großen Beitrag leisten könnten. Aber um realistisch zu bleiben: Nach Berechnungen der Vereinten Nationen sind zusätzlich insgesamt mehr als 100 Milliarden US-Dollar bis 2015 erforderlich, um das Ziel zu erreichen, dass bis dahin die Anzahl der Menschen, die keinen Zugang zu Wasser haben, auch nur um die Hälfte verringert ist. Zum Vergleich: *Thames Water* investierte in Jakarta – eine Stadt mit mehr als zehn Einwohnern – etwa zehn Millionen Euro im Jahr für die Wasserversorgung. Man kann private Unternehmen einbeziehen, ohne dass sie die Kontrolle übernehmen – Beispiel Ghana, das uns hier ausführlich vorgestellt wurde. Es gibt auch Modelle, wo ausländische Firmen ein Klärwerk bauen und betreiben, es aber nach einer vertraglich festgesetzten Anzahl von Jahren dem Staat übergeben. Aber dabei sind die Unternehmen nicht für die Wasserversorgung der Bevölkerung verantwortlich. Die Probleme des Abwassersystems bleiben weiterhin eine große ungelöste Frage. Die Produkte der chemischen Industrie in Landwirtschaft wie in den Privathaushalten belasten die Umwelt immens und verbreiten sich zunehmend auch in den Ländern des Südens. Sie sind eine der größten Gefahren für das Trinkwasser.

Mitwirkung
von Privat-
unternehmen

Entwicklungsorganisationen wie der Deutsche Entwicklungsdienst DED haben immer wieder lokale Wasserversorgungssysteme unterstützt. Das Ziel muss dabei sein, die Bevölkerung vor Ort so stark einzubeziehen, dass es am Ende ihr eigenes Projekt wird und nicht ein von außen organisiertes und betriebenes Projekt ist. Wasser wird dann zu einem Lebensmittel, über das man selber verfügt. Verwaltung und Kontrolle liegen in den Händen der örtlichen Kommunen. Und schließlich stellt sich auch für uns hier in Deutschland die Frage, wie Wasser kontrolliert werden soll: durch internationale Unternehmen oder durch die Bevölkerung selber? Auch hier bei uns könnte einiges verbessert werden, vor allem wenn man bedenkt, dass RWE die Versorgung bereits in vielen Städten – zum Beispiel in Berlin und Göttingen – kontrolliert. Auch für uns stellt sich die Frage, wie wir unsere Wasserversorgung als eine lokale und gemeinschaftliche Aufgabe erhalten können.

Die Mitwirkung
von
Entwicklungs-
organisationen



Moonesinghe, Randzio-Plath, Opoku-Agyemang

Podiumsdiskussion



Färber-Husemann: Ich möchte heute Nachmittag den Schwerpunkt der Diskussion auf die Frauen, ihren Alltag und die lebensnotwendige Ressource Wasser lenken. Bislang haben wir außerdem zu sehr von städtischer Bevölkerung gesprochen, wo doch 70 bis 80 Prozent der Bevölkerung in den Entwicklungsländern auf dem Land leben. Und die Probleme, auf dem Land an Wasser zu gelangen, sind noch einmal anderer Art als die Probleme der Wasserversorgung in den Städten.

An dieser Stelle möchte ich den beiden neu Hinzugekommenen – Frau Brigitte Rubarth als Vorstandsmitglied des Marie-Schlei-Vereins und Herrn Manfred Konukiewitz vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit BMZ – die Gelegenheit geben, sich zum Thema des Zugangs zu Wasser als Menschenrecht und die Rolle der Frau in diesem Zusammenhang kurz zu äußern.

Brigitte Rubarth: Wasser brauchen wir zum Leben, Wasser ist wichtiger als Essen. Wenn wir kein Wasser haben, sterben wir innerhalb kurzer Zeit. Frauen tragen in den meisten Ländern dieser Erde nicht nur die Verantwortung für die Ernährung und Erziehung der Kinder, sie sind die Grundversorgerinnen in den Familien. Und das ist auch die Crux. Es sind die Frauen, die das Wasser über kilometerweite Wege herbei schaffen, nicht nur für ihre Kinder, auch für ihre Männer. Männer nehmen daran nicht teil. Deshalb ist es ganz wichtig, Wasser zur Verfügung zu stellen, dort wo die Frauen es brauchen, damit sie ihre Familien versorgen können – und zwar sauberes Wasser, damit ihre Gesundheit gewährleistet bleibt.

In meiner zweiten Anmerkung verlasse ich die reine Frauensicht und möchte noch auf etwas anderes hinweisen: der Nor-

den hat sich noch nie etwas dabei gedacht, die Länder des Südens um ihre Bodenschätze zu bringen und auszubeuten. Im Gegenzug haben wir eine Verantwortung, der wir nicht nachkommen. Wir haben die Verantwortung, den Menschen in diesen Ländern Zugang zu Wasser zu ermöglichen. Wir hätten dazu die Möglichkeiten, aber wir tun nichts. Dabei gibt es hierzulande eine ganze Reihe einfacher Techniken, die zum Beispiel zur Verbesserung der Wasserqualität eingesetzt werden könnte. Und gerade diese stellen wir nicht zur Verfügung – und teure Techniken können sich die Entwicklungsländer nicht leisten.

Manfred Konukiewitz: Die drei Schwerpunkte meiner Aufgaben sind Wasser, Energie und Stadtentwicklung. In allen drei Bereichen spielen Frauen eine zentrale Rolle. Das Wasser wird von den Frauen geholt und von ihnen zum Kochen verarbeitet. Bei Energie handelt es sich bei der armen Bevölkerung nicht um Kraftwerke und Stromerzeugung, sondern in erster Linie um Kochenergie. Und da sind es wieder die Frauen und Kinder, die das Holz sammeln. Und was die Stadtentwicklung angeht: auch hier ist es in vielen ländlichen Gebieten traditionellerweise die Frau, die die Hütte baut.

Die Fehler, die wir in diesen Zusammenhängen begangen haben, lassen sich häufig darauf zurückführen, dass wir die Frauen nicht in die Projekte mit eingebunden haben. Von 1980 bis 1990 hatten wir eine große Kampagne mit dem Ziel, das Problem der Trinkwasserversorgung in den armen Ländern endlich zu beseitigen. Das ist natürlich gescheitert. Ein wichtiger Grund für dieses Scheitern geht darauf zurück, dass die strategischen Ansätze dafür von Ingenieuren konzipiert wurden. Es wurden jede Menge Leitungen verlegt, aber durch diese Leitungen floss kein Wasser. Ich denke, dass das auch mit dieser männlich dominierten Ingenieurslogik zu tun hat. Und das ist ein Problem, mit dem wir auch heute noch zu kämpfen zu haben. Wasserprojekte machen nur einen Sinn, wenn die Betroffenen vor Ort sich beispielsweise über Wasserkomitees

Partizipation
statt pure
Ingenieurslogik

Verantwortung
gegenüber den
Entwicklungs-
ländern

an dem Projekt beteiligen können und nicht nur ein Bezirksverwalter bestimmt, wie das Projekt aussehen soll. Das betrifft auch die finanziellen Probleme der Betroffenen. Wenn klar ist, was eine Region braucht und langfristig bezahlen kann, sind Wasserprojekte auch auf Dauer erfolgreich. Von unserer Seite verlangt dies ein ständiges Bemühen, dass unsere Projekte diese sorgfältige Vorbereitung mit den Nutzern – und das sind überwiegend die Frauen – auch gewährleistet. Das ist nicht immer ganz einfach, denn es gibt viele Unternehmen und Banken, die gerne schnell investieren möchten und das verträgt sich nicht mit einem partizipatorischen Ansatz.

Husemann: Frau Moonesinghe, Sie haben uns in Ihrem Referat geschildert, dass eine Frau täglich etwa eine Stunde Zeit aufwenden muss, um das notwendige Wasser eines Tages zu beschaffen. Damit alleine ist es aber noch nicht getan. Sie bewässert außerdem die Felder, versorgt ihre Kinder und muss unter Umständen das Wasser lange abkochen, weil nicht jedes Wasser sauber ist. Könnten Sie uns in etwa den Tagesablauf einer Frau in Ihrem Lande schildern?

Moonesinghe: Der Tag für eine Frau beginnt um 4.30 Uhr. Der erste Gedanke, den sie hat, ist die Beschaffung von Wasser. Sie geht also hinaus, um Wasser zu holen. Dann bereitet sie das Essen für ihre Kinder und für ihren Mann vor und schickt die Kinder zur Schule. Wenn sie einer Arbeit nachgeht, wird sie zur Arbeit gehen. Ansonsten verrichtet sie ihre Hausarbeit. Am Nachmittag wird sie sich auf den Weg machen, ihre Kinder von der Schule abzuholen. Auf dem Rückweg wird sie vielleicht Feuerholz sammeln und das Wasser für das Abendessen holen. Dann wird sie das Essen zubereiten, die nötige Hausarbeit erledigen und die Kinder ins Bett bringen. Ihr Tag endet gegen Mitternacht.

Aber mit den Regenwassertanks, die wir in unserem Projekt errichtet haben, hat sich dieser Tagesablauf bedeutsam verändert. Sie spart die Zeit, die sie sonst für das Wasserholen benötigt hat, weil sie jetzt ihren eigenen Tank hat. Sie ist nun

in der Lage, sich mehr mit ihren Kindern beschäftigen zu können. Vielleicht hat sie jetzt auch mehr Spaß am Kochen, weil es nicht mehr so mühsam ist, an das Wasser dafür zu kommen. Auf jeden Fall gewinnt sie Zeit, sich mehr mit ihrer Familie zu beschäftigen und vielleicht auch für sinnvolle Aktivitäten für sich selbst, weil sie sich nicht immer für die alltäglichsten Dinge aufreiben muss. Vielleicht kann sie jetzt auch eine aktivere Rolle in der Gemeinschaft einnehmen. Denn *Agromart Foundation* trainiert die Frauen auch darin, ihre Produkte auf dem Markt zu verkaufen. Sie tritt damit auch als Kleinunternehmerin auf und kann so eine aktivere Rolle in der Gemeinschaft spielen, indem sie anderen von ihren Erfahrungen berichtet und sie dazu ermutigt, sich ebenfalls für ein solches Engagement zu interessieren. Als lokale NRO halten wir regelmäßig kleine Versammlungen mit den Menschen in ländlichen Gebieten ab. Wir investieren sehr viel Zeit, herauszufinden, ob wir mit den Leuten dieser Region eine Partnerschaft eingehen können und um die Frauen zu ermutigen, ihre Lebenssituation zu verbessern und über ihr persönliches alltägliches Leiden hinauszugehen. Wir haben einige gute Erfahrungen damit gemacht.

Opuku-Agyemang: Das Wasserholen der Frauen ist nicht nur eine Frage, ob jemand in der Stadt oder auf dem Land aufwächst. Tradition und Kultur legen die Aufgaben der Frauen und Männer fest. So ist zum Beispiel das Wasserholen und Kochen Sache der Frau, während das Stampfen von Yams (kartoffelähnliches, afrikanisches Gemüse) Sache der Männer ist. Aber ich zum Beispiel bin inmitten von fünf Schwestern aufgewachsen und ich musste ebenfalls Wasser holen, weil es in unserer Familie die Regel gab, dass jeder von uns damit an der Reihe ist. Ich lernte auch zu kochen – es hängt also ganz vom familiären Hintergrund ab. Typischerweise ist es aber vor allem auf dem Land so, dass die Jungs Fußball spielen, während die Mädchen Wasser schleppen und kochen. Nur wenn der Yams gestampft werden muss, werden die Jungen gerufen. Dieses Verhalten setzt sich fort, wenn die Jungen und Mädchen selber einmal Familien gründen.

Hindernisse
durch Tradition
und Kultur

Frauen als
Kleinunternehmerinnen

Wenn wir eine neue Wasserversorgung planen, geschieht es – wie bereits erwähnt wurde – dass die Ingenieure kommen und darüber befinden, wie alles sein soll. Aber es sind die Frauen, die darüber mitentscheiden müssen, denn sie sind die Betroffenen, die das Wasser oft kilometerweit tragen müssen. Wir müssen also eine Kammer für Wasser, Gesundheit und Entwicklung schaffen. Diese sollte mindestens zu einem Drittel ihrer Mitglieder aus Frauen bestehen. Wir unterstützen das sehr von Regierungsseite, damit eine Veränderung mit Hilfe der Frauen eingeleitet werden kann. Es ist also nicht nur eine Frage von städtischen und ländlichen Gegensätzen, sondern auch eine Frage von Tradition und Kultur in unserem Land.

Färber-Huseman: Herr Kürschner-Pelkmann, Sie arbeiten bei Brot für die Welt an der Kampagne „Menschenrecht Wasser“ mit. Die Organisation ist dafür bekannt, dass sie sehr nah mit den Betroffenen vor Ort zusammen arbeitet. Wir haben gehört, dass es nicht nur die Frauen, sondern auch die Mädchen sind, die hart im Haushalt arbeiten müssen. Das muss sich doch auch auf die Bildung von Frauen auswirken, wenn sie als Mädchen unter Umständen keine Zeit für die Schule haben.

Kürschner-Pelkmann: Ja, das ist eindeutig der Fall. Ich war als Berater von Brot für die Welt im Frühjahr in Kenia und ein Argument der Frauen dort war, dass durch eine bessere Wasserversorgung es auch den Mädchen möglich sei, zur Schule zu gehen. Es gibt dort zwei Aufgaben für Mädchen: Entweder sie holen das Wasser selber oder passen auf die jüngeren Geschwister auf, während die Mütter das Wasser holen. Wenn also die Frauen nicht mehr zwei Stunden mit Wasserholen beschäftigt sind, hat das auch eine Auswirkung auf die Bildung. Es gibt Projekte, in denen durch die Verbesserung der Wasserversorgung auch eine bessere Bildungssituation für die Mädchen gelingt; und es gibt Projekte, wo die Initiative dafür von Frauen ausgeht. Es gibt viele kleine Erfolge und es ist ganz klar, dass Männer sich daran beteiligen müssen. Bei den Projekten, die ich gesehen habe, nahmen sehr häufig auch die Männer daran

teil und führten die schwereren Arbeiten aus, auch gegen ihr traditionelles Verständnis. Ich halte das für eine wichtige Aufgabe, den Männern ins Bewusstsein zu bringen, dass es selbstverständlich mit ihrer Aufgabe ist, an der Arbeit für eine verbesserte Wasserversorgung teilzunehmen, ohne dass sie danach alleine die Kontrolle darüber haben.

Den Männern ins Bewusstsein bringen, dass es ihre Aufgabe ist, an der Arbeit teilzunehmen

Fragen aus dem Publikum

Frage: Ich habe eine Frage an Herrn Opoku-Agyemang, der uns in seinem Referat ein sehr schönes Konzept vorgelegt hat, bei dem ich mich aber frage, wie das wohl umgesetzt wird. Ich stelle mir den Gang durch die afrikanischen Behörden als ausgesprochen langsam vor. Die Hälfte der Zeit sind die Beamten gar nicht in ihren Büros, weil sie meistens noch einem anderen Job nachgehen. Auch die Logistik dieses Konzepts stelle ich mir sehr komplex vor, denn schließlich müssen die Vorbereitungen dafür bis in die ländlichsten Regionen vordringen. Wie muss man sich die Umsetzung dieser Planung vorstellen?

Opoku-Agyemang: Die Durchführung unserer Projekts läuft derzeit in sechs Pilotprojekten, das heißt, von über 100 Bezirken gibt es in sechs Bezirken Projekte, die eine genaue Aufstellung über die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung recherchieren soll, bevor wir die Arbeit auf nationaler Ebene beginnen.

Die Mittel und Kapazitäten der regionalen Institutionen mögen schwach sein. Aber dahinter steht eine nationale Agentur der Gesundheits- und Wasserkomitees, die diejenigen vor Ort identifizieren, die lesen und schreiben können. Diese werden in einem speziellen Training ausgebildet, die dann in den vorgesehenen Regionen als Trainer das Projekt unterstützen. Aber nicht nur auf dieser Ebene versuchen wir unsere Ziele durchzusetzen. Wir informieren auch die zivilen Bürgergruppen, indem wir ihnen die Probleme nahe bringen. Die zivilen Bürgerrechtsgruppen in Ghana sind sehr stark. Sie versuchen, die Probleme in ihre Expertisen aufzunehmen und über regionale Be-

Eine bessere Wasserversorgung macht es auch den Mädchen möglich, zur Schule zu gehen

amate in die Politik einzubringen. Momentan arbeiten wir also in sechs Bezirken. In zwei Jahren wollen wir diese Arbeit überprüfen und gegebenenfalls verbessern. Nach und nach werden wir diese Arbeit dann immer mehr ausweiten. Aber wir gehen dabei Schritt für Schritt vor, um nicht von den Problemen überwältigt zu werden.

Sie sprachen außerdem das Thema des kulturellen Wandels an. Es ist traurig zu sehen, dass die Männer den Frauen bei ihrer schweren körperlichen Arbeit lediglich zusehen. Das ist leider eine kulturell geprägte Beziehung zwischen Männern und Frauen. Auch in Ghana haben wir Gesetze gegen die Diskriminierung der Frau. Die Gleichheit der Geschlechter ist in unserer Verfassung verankert, aber real setzt sich immer noch die diskriminierende Behandlung aus kulturellem Glauben heraus fort, dass es so sein müsse. Doch wir wissen, dass auf dem Weg zur Verwirklichung der Gleichheit Schulbildung für Mädchen unabdingbar ist. Von unserem verantwortlichen Ministerium wird das immer wieder angeprangert, dass die Ausbeutung der Mädchen und Frauen für die ganze Arbeit Entwicklung verhindert. Frauen sollten an der Entwicklung und Verbesserung der Gesellschaft ihre Rolle einnehmen können. Für mich ist der kulturell überlieferte Standpunkt, Frauen zu unterdrücken, schon lange obsolet und ich bin sicher, dass diese Haltung eines Tages überwunden sein wird. Aber das wird noch einige Zeit dauern.

Rubarth: Mit Herrn Opoku-Agyemang bin ich ebenfalls der Meinung, das Gesetze zur Verhinderung der Diskriminierung von Frauen nicht ausreichen. Tatsächlich müssen dabei auch langjährige Traditionen überwunden werden. Wie können Frauen in Afrika jetzt und heute entlastet werden? Ich glaube, wir können lange darauf warten, dass Männer nun ihrerseits zum Wasserholen antreten. Ich meine deshalb, dass man den Frauen die Verfügungsgewalt über die Ressourcen geben muss. Dafür will ich Ihnen ein ganz altes Beispiel geben: Vor etwa 25 Jahren finanzierte die Bundesrepublik ein Brunnenprojekt im Sudan.

Der entscheidende Fehler dabei war, dass man dabei den Männern die Verantwortung über diese Brunnen gab, indem man ihnen zeigte, wie sie die Brunnen zu warten und zu reparieren hätten. Nach einem halben Jahr funktionierte von diesen ganzen Brunnen in den Dörfern nur noch ein einziger und es dauerte drei Jahre, bis es jemanden eingefallen war, nun die Frauen darin zu unterrichten, für die Brunnen zu sorgen. Danach funktionierte es dann.

Daraus ziehe ich den Schluss, dass die Frauen lernen müssen, alles, was sie betrifft – Wasser, Gesundheit, Energie – auch zu beherrschen und wie im Fall mit den Brunnen selber auch warten zu können. Ich glaube, dass nach und nach auch die Männer in Afrika lernen werden, dass es nicht genügt, Macht über etwas zu haben, ohne sich ernsthaft dafür einzusetzen.

Frage: Meine Frage geht an Herrn Konukiewitz: Sie sagten, dass der partizipative Ansatz, der von Ihrem Ministerium gefördert wird, durch den Umsetzungsdruck von Seiten der Geber in Bedrängnis gerät. Könnten Sie das erläutern?

Färber-Husmann: Dem möchte ich – ebenfalls an Herrn Konukiewitz – meine Frage hinzufügen, ob es nicht einfachere Methoden zur Wasseraufbereitung gibt als das Abkochen, das ja sofort das zweite Problem des Brennmaterials aufs Tapet bringt.

Konukiewitz: Zunächst zur ersten Frage: Umsetzungsdruck ist nur ein Stichwort für eine ganze Reihe anderer Probleme, der bei der Durchführung des partizipativen Ansatzes entsteht. Traditionelle und kulturelle Faktoren sind bereits genannt worden. So erzählte mir meine Kollegin aus den Niederlanden, die für Basissanitärbildung zuständig ist, sprich für Toiletten, dass ihr vor allem in den afrikanischen Ländern immer Männer als Gesprächspartner vorgestellt werden. Dabei fühlen sich die Männer aber überhaupt nicht als Experten. Wenn also eine Umsetzungsorganisation so ein Projekt besucht und dann fast ausschließlich mit Männern zu tun hat, kann sie das Gespräch mit den vorgeschlagenen Gesprächs-

Diskriminierende Behandlung aus kulturellem Glauben, dass es so sein müsse

Ausbeutung der Mädchen und Frauen verhindert Entwicklung

Verfügungsgewalt für Frauen

Vielfältiger Umsetzungsdruck

partnern nicht verweigern. Das wäre nicht zielführend. Da bedarf es doch einigen diplomatischen Geschicks, mit dieser Situation umzugehen. Aber die Ergebnisse unserer Evaluierungen zeigen deutlich, dass Frauen als Gesprächspartner dringend miteinbezogen werden müssen. Der Umsetzungsdruck entsteht in vielen Fällen auch durch die einzuhaltenden Fristen und je größer die geldgebende Organisation ist, desto dominierender ist dieser Faktor: zum Beispiel bei Projekten der Europäischen Kommission oder der Weltbank. Diese Organisationen budgetieren ihre Gelder oft nach Jahresfristen. Wenn das Geld nicht binnen eines bestimmten Zeitraums ausgegeben wurde, kommt immer der Verdacht auf, das Geld würde vielleicht gar nicht benötigt. Das ist auch ein Mangel an Flexibilität, auch von unserer Seite, aber aus guten Gründen: Denn das Haushaltsrecht und das Parlament achten sehr darauf, dass diese Fristen eingehalten werden. Da spielt also von mehreren Seiten dieser Umsetzungsdruck hinein. Wir vom Ministerium legen unseren Schwerpunkt aber auf sorgfältige Vorbereitung und die Einhaltung des partizipativen Ansatzes. Schnelles Handeln, das oft dazu führt, dass die Projekte nach einem halben Jahr nicht mehr funktionieren, ist dabei nicht so gefragt.

Einfache
Technologien
nicht automa-
tisch billiger

Jetzt zu der Frage nach einfachen Techniken der Wasseraufbereitung: Die Technologien dafür gibt es, aber sie sind sehr teuer. Dazu kommt die Wartung dieser Geräte, die ich auch schon gesehen habe. Sie funktionieren teilweise auf der Basis von Solarenergie, aber auch diese Technologie ist nicht immer die billigste. In der Regel können sich unsere Partnerländer solche fortschrittlichen Energietechnologien nicht leisten. Unsere Bemühung zielt deshalb darauf ab, Geräte einzusetzen, die wenig kosten. Das ist auch für unsere europäischen Ingenieure nicht immer ganz einfach, die gerne ihre neuesten Erfindungen zum Einsatz bringen würden. Gerade die deutschen Ingenieure, die im Bereich der Wassertechnologie einen sehr guten Ruf haben, müssen lernen, dieses Maximierungs-

denken für arme Länder abzulegen. Denn vor allen Dingen müssen die Kosten für unsere Partner erschwinglich sein. Einfachere Lösungen, die aber langfristig durchaus ebenso effektiv sein können, sind oft sinnvoller.

Kürschner-Pelkmann: Ich möchte hier einmal ein Beispiel für eine einfache Technologie nennen. Ich besuchte einmal ein Projekt in der Nähe von Kisumu am Viktoriasee. Nordöstlich davon liegt ein Gebirge, wo Quäker ansässig sind, die es geschafft haben, das Wassergefälle zu nutzen. Gleichzeitig gelang es ihnen, den vielen Quellen der Konflikte vorzubeugen, die hinterher aus der Wassernutzung entstehen könnten. Die Quäker sind nicht nur für die Anwendung einfacher Technologien bekannt, sondern auch für ihre teils jahrelange Vorbereitung für ein Projekt. Sie beziehen die lokale Bevölkerung von Anfang an mit in die Verantwortung ein. Alle technischen Arbeiten sowie Nutzung und Wartung eines solchen Projekts werden lange vorher ausgehandelt. Diese Vorgehensweise macht allerdings deutlich, dass selbst bei einfachen Technologien ein langer Anlauf nötig ist, um sie zu verwirklichen. Denn immer geht damit auch ein sozialer und kultureller Prozess einher. Erfreulicherweise gibt es inzwischen sowohl von kirchlicher Seite wie von der NRO-Szene oder den lokalen sozialen Bewegungen in den einzelnen Ländern sehr gute Beispiele, zu denen auch die Wassertanks in Sri Lanka zählen, die es jetzt auch in anderen Ländern gibt.

Rubarth: Ich möchte noch eine Technologie bekannt machen, die ich vor ungefähr einem Jahr kennen lernte und in einigen kleinen Gemeinden hier in Deutschland eingesetzt wird. Wasser kann durch UV-Strahlung keimfrei gemacht werden und das sogar noch besser, als bei manchen hochkomplizierten Methoden. Das ist deshalb vielleicht noch nicht so bekannt geworden, weil es eine sehr preiswerte Methode der Behandlung ist.

Ritter-Weil: Ich habe noch eine Frage zu Gender-Mainstreaming, ein Motto, das sich das BMZ seit einigen Jahren auf

Die lokale
Bevölkerung
von Anfang an
mit in die
Verantwortung

die Fahnen geschrieben hat. Könnten mit dem Einbezug der Frauen in alle Politikfelder heute Fehler wie die beim Brunnenbau im Sudan verhindert werden? Könnten ausländische Organisationen wie die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit tatsächlich Einfluss auf traditionelle und kulturelle Gewohnheiten ausüben? Welche Verhandlungsspielräume gibt es da? Nur weil wir zur Zeit Gender-Mainstreaming für uns entdecken, heißt das noch lange nicht, dass wir auf der anderen Seite damit auf Verständnis stoßen.

Gender-
Mainstreaming
als neue
Richtlinie der
Geber

Konukiewitz: Wir agieren auf sehr unterschiedlichen Aktionsfeldern und wenn die Ministerien das Gender-Mainstreaming als neue Leitlinie verfolgt, heißt das nicht, dass wir das sofort in unseren Partnerländern umsetzen können. Von unseren Mitarbeitern, die dort arbeiten, verlangen wir viel Sensibilität und diplomatisches Geschick für die gewachsenen Strukturen vor Ort. Diese Arbeit wird nicht nur von sozialen Kategorien, sondern auch vom Erfolg bestimmt. Wenn unsere Evaluierungen ergeben, dass die Projekte, die mit der Mitbestimmung von Frauen erfolgreicher sind – was sich in vielen Fällen bestätigt hat – dann macht es keinen Sinn, Geld zu investieren, wenn die Frauen zu sehr unterdrückt sind und die traditionellen Schranken nicht überwunden werden können. Solche Projekte helfen niemanden, sie schaden sogar. Nicht zu Unrecht finden wir in den Partnerländern eine tiefsitzende Skepsis gegenüber den westlichen Technologien der Geberorganisationen. Wenn das Projekt beispielsweise nach einem Jahr nicht mehr funktioniert, weil die Rahmenbedingungen nicht stimmten, dann wurde nur unnötig Geld verschwendet – auch das Geld der Partnerländer. Es gibt also auch auf der anderen Seite ein Interesse für Gender-Mainstreaming, der Impuls kommt sogar oft genug von den Partnerländern selbst. Allerdings gibt es auch die Mentalität, Projektanträge so zu schreiben, dass sie in die Kriterien der Geberländer hineinpassen. Trotzdem halte ich es für einen Erfolg, wenn auf diese Weise Gender-Mainstreaming in die Planung mit einfließt

Impuls kommt
oft von den
Partnerländern
selbst

Ich möchte noch eine Anmerkung zum Thema der einfachen Technologien machen: Die einfachste Technik für die Sauberkeit von Wasser ist die, es sauber zu halten. Denn Wasser ist von Natur aus meistens sauber. Hier muss eine stärkere Achtsamkeit darauf gelegt werden, dass das saubere Wasser auch geschützt wird, also Grundregeln von Gesundheit und Hygiene einzuhalten. Die Verunreinigung des Wassers durch Vieh und auch durch Menschen ist jahrelang vernachlässigt worden. Jahrelang ging es nur darum, eine Region mit Wasser zu versorgen, aber nicht darum, was alles damit auf dem Weg zum Nutzer passieren kann. Deshalb war der Umweltgipfel von Johannesburg 2002 sehr wichtig, der neben dem Ziel, die Zahl der Menschen, die keinen Zugang zu Wasser haben, bis zum Jahr 2015 auf die Hälfte zu reduzieren, auch den Zusammenhang zur Sanitärversorgung hergestellt hat. Nur in dieser Kombination kommen wir weiter.

Opoku-Aygemang: Was die Sauberkeit und Sauberhaltung unseres Wassers angeht: Wir haben zwei Hauptversorgungssysteme in Ghana, eines im Osten und eines im Westen des Landes. Das im Osten basiert auf der Versorgung durch den großen Fluss Volta, der sauber ist und die Behandlung des Wassers aus diesem Fluss kostet deshalb wenig. Unglücklicherweise lebe ich im Westen, wo das Wassersystem so vergiftet ist, dass man das bereits mit bloßem Auge erkennen kann. Die Farbe des Wassers hat sich in Grün verwandelt, die Aufbereitung ist unglaublich kostenintensiv und selbst dann noch kann man – wenn das Wasser einen Tag nicht gekommen ist, was in Accra häufig vorkommt – einzelne Schmutzpartikel darin sehen. Sie würden dieses Wasser nicht trinken wollen.

Das nationale Wasserkomitee kam so zu der Entscheidung, Unternehmen die Erlaubnis auf Wasserversorgung zu entziehen und Grenzwerte für die Qualität zu beeinflussen. Aber wir haben keine Institutionen, die die Kontrolle über die Industrien übernehmen, die ihr Abwasser in die Flüsse leiten. Bis zum Jahr 1998, wo sich das Wasserkomitee bildete, hat es keine Kontrolle

Sauberhaltung
von Wasser

Keine Kontrolle
über die Industrien,
die ihr
Abwasser in die
Flüsse leiten

Grundwasser
wird durch
chemische Pro-
dukte gefährdet

über die Industrie gegeben. Wir haben kein Abfallsystem, was die Kosten für die Aufbereitung von Wasser in die Höhe treibt, außer wenn es sich um Grundwasser handelt. Aber die Sauberkeit des Grundwassers wird inzwischen durch Toilettenartikel und andere chemische Produkte gefährdet. Es gibt noch keine Richtlinien darüber, wie man das Wasser nicht allzu sehr verschmutzt.

Moonesinghe: Unser derzeitiges Wassersystem besteht aus Kanälen, die 75 Prozent der städtischen und 14 Prozent der ländlichen Regionen versorgen. Dann haben wir noch die Brunnen mit Wasserhähnen (*tube wells*), also keine Ziehbrunnen, die von zehn Prozent in den Städten und 11 Prozent auf dem Land genutzt werden. Geschützte Ziehbrunnen versorgen 40 Prozent auf dem Land und zehn Prozent in den städtischen Gebieten. Andere Versorgungssysteme machen fünf Prozent in den Städten und 35 Prozent auf dem Land aus. Auf dem Land gibt es viele Alternativen durch NRO- oder Gemeindeprojekte.

Auch bei uns ist das Wasser teilweise vergiftet. In Sri Lanka gibt es viele Dörfer, die keine Latrinen haben und das Wassersystem sehr belasten. Wir müssen deshalb unser Augenmerk auf die Gesundheitsversorgung dieser Dörfer richten und ihnen ein Latrinensystem geben und die dazu nötigen Richtlinien für Hygiene und Gesundheit.

In den Städten kommt das Wasser von der Wasser-Ressourcen-Gesellschaft, die der Regierung gehört. Wir haben drei Hauptsysteme für die Wasserversorgung, für die von den Nutzern eine feste Gebühr bezahlt wird. Die stärkste Vergiftung von Wasser stellen wir in den Slums und in den ländlichen Regionen fest, die unter großer Trockenheit leiden, also keinen Regen haben.

Kürschner-Pelkmann: Ich möchte hier noch darauf hinweisen, dass die Exportlandwirtschaft in einigen Ländern ebenfalls ein großes Problem für die Wasserversorgung darstellt – zum Beispiel Kenia mit seinen Schnittblumen. Zwar hat das für einige Frauen einen Arbeitsplatz ermöglicht, aber die intensive

Tourismus- und
Exportindustrie
als Problem

Düngung stellt natürlich ein Problem dar. Auch werden der Landwirtschaft durch die Plantagen der Schnittblumen Wasser und Land entzogen. Die Regionen rund um die Blumenfarmen sind in ihrer Versorgung und der Qualität ihres Wassers stark beeinträchtigt. Die Blumen für den europäischen Markt haben also eine sehr zwiespältige Qualität. 70 Prozent des Wassers wird von der Landwirtschaft genutzt. Alle Pestizide und andere Schadstoffe geraten so ins Grundwasser. Da tickt eine Zeitbombe. Dabei sind es wieder die Frauen, die davon am meisten betroffen sind, wenn sie mit vergiftetem Wasser ihre Familien und oft auch kranke Menschen und ihre Kinder versorgen müssen.

Färber-Husemann: Ich möchte hier auch das Thema Wasser und Tourismus anschneiden. Selbst in den trockensten Gebieten gibt es Golfplätze, Schwimmbäder und Rund-um-die-Uhr-Einsätze für die Duschanlagen in den Hotels, die unglaubliche Mengen von Wasser verschwenden. Gibt es dazu Kommentare?

Rubarth: Der Tourismus ruft die perverse Situation hervor, dass es rund um die Hotelanlagen keine ausreichende Wasserversorgung für die Bevölkerung gibt, oft nicht einmal einen Brunnen. Nur von außen sieht das Geschäft mit dem Tourismus lukrativ aus, die Menschen im Land haben in der Regel nichts davon. Wer daran verdient, sind die großen Firmen, die Tourismusunternehmen, vielleicht noch einige reiche Familien.

Ich möchte an dieser Stelle noch etwas zum Marie-Schleierverein sagen. Wir unterstützen ausschließlich Bildungs- und Ausbildungsprojekte mit Frauen. Die Gründe dafür sind in dieser Diskussion deutlich geworden: Man muss sich im Süden mit den Frauen zusammontun, wenn man etwas erreichen will, vor allem wenn es nachhaltig sein soll. Wir machen dabei auch Aufklärung über Frauenrechte und Projekte, die Hygiene- und Gesundheitsaufklärung betreiben. So haben wir beispielsweise Hebammen ausgebildet, wodurch der Prozentsatz der Kindersterblichkeit erheblich gesunken ist. Gesundheitsver-

Blumen für den
europäischen
Markt –
Schadstoffe
geraten ins
Grundwasser

Man muss sich
mit den Frauen
zusammontun,
wenn man etwas
erreichen will



sorgung hat aber auch erheblich mit dem Zugang zu sauberem Wasser zu tun.

Moonesinghe: In Sri Lanka gibt es nur an der südlichen Küste Tourismus und meines Wissens haben wir dadurch keine erheblichen Wasserprobleme. Ich glaube, wir haben nur drei Golfplätze im ganzen Land.

Agyemang-Opoku: Wir legen in unserem Tourismus großen Wert auf ökologischen Tourismus, der unsere Umwelt nicht all zu sehr angreift. In unserer Gesetzgebung haben wir die Priorität für Wasser, das den Haushalten zur Verfügung steht, festgelegt. Unser Hauptproblem ist, dass in den Städten teuer aufbereitetes Wasser dazu benutzt wird, Autos zu waschen. In den teuren Vierteln und im Regierungsviertel sind Menschen, die Autos waschen, ein gewohntes Bild. Deshalb haben die Wassergesellschaften die Direktive herausgegeben, Wasser nicht zum Autowaschen zu benutzen. Aber da das in der Privatsphäre stattfindet, ist es sehr schwer, diejenigen zu identifizieren, die auf diese Weise Wasser verschwenden.

Kürschner-Pelkmann: Ich möchte hier auch einmal ein Tourismusbeispiel aus Europa geben. Spanien hat gerade im Süden, wo es wenig Wasser gibt, starken Tourismus, während es im Norden, wo es sehr viel weniger bis gar keinen Tourismus gibt, ausreichend Wasser vorhanden ist. Die spanische Regierung plant deshalb zur Zeit ein Projekt, Wasser des Ebro-Flusses durch einen großen Kanal nach Süden zu leiten. Viele Frauenorganisationen im Ebroeinzugsgebiet protestieren dagegen, die Ressource Wasser einfach über Hunderte von Kilometer umzuleiten. Fakt ist auch, dass ein Tourist doppelt soviel Wasser verbraucht wie ein Einheimischer und zwar ohne die Swimmingpools oder Golfplätze oder sonstigen touristischen Einrichtungen.

Bei den Golfplätzen kommen mehrere Faktoren zusammen. Erst einmal wird der Grundwasserspiegel gesenkt, damit man auf trockenem Rasen spielen kann. Umgekehrt wird dann aber in Trockenzeiten die gesamte Golffläche bewässert. Dazu

kommt, dass der notwendige englische Rasen nur mit massivem Einsatz von Düngemittel erhalten werden kann. Golfplätze gefährden also das Gleichgewicht der Umwelt erheblich. Für so touristische Länder wie Thailand oder Malaysia, wo es inzwischen Hunderte von Golfplätzen gibt, ist das ökologische Gleichgewicht dadurch gestört – sehr zu Lasten der Einheimischen, wieder einmal auch besonders für die Frauen. Landwirtschaftliche Produktion muss durch die Errichtung eines Golfplatzes erheblich eingeschränkt werden.

Frage: Ich habe zum Thema Gesundheit und sanitärer Ausstattung aus verschiedenen Quellen gelesen, dass man die Krankheitsrate bei genügender Hygieneaufklärung erheblich senken könnte. Einen weitaus geringeren Einfluss bei Krankheitsfällen spielt die sanitäre Versorgung. Für die Frauen in den Entwicklungsländern könnte das eine große Rolle spielen, weil sie es sind, die die Kranken versorgen und die Medikamente bezahlen.

Konukiewitz: Es ist klar, dass Hygieneverhalten eine große Rolle in der Aufklärung bei Wasserprojekte spielen muss.

Frage: Wie können öffentliche Kampagnen für den verantwortlichen Umgang mit Wasser tatsächlich zur Verbesserung der Wasserversorgung beitragen?

Opoku-Agyemang: Ghana ist eines der Länder, die an dem Projekt „Wasser für afrikanische Städte“ teilnehmen. Wir haben ein Management für die Verteilung von Trinkwasser eingeführt. Fakt ist, wenn die Wassertarife steigen, werden die Nutzer achtsamer mit dem Wasser. Soll man also die Tarife anheben, um den Wasserverbrauch durch ökonomischen Umgang mit der Ressource senken und die Gewohnheiten der Nutzer zu verändern? Wir sind kein reiches Land und wir würden damit viele bestrafen, die unschuldig sind. Es sind nicht nur die individuellen Konsumenten, die Wasser verschwenden. Viele Wassergesellschaften haben auf dem Weg zu den Haushalten einen Verlust von 52 Prozent. Wie wir schon gehört haben, liegt auch der Verlust des Themsewassers in Großbritannien bei 30

Golfplätze gefährden das Gleichgewicht der Umwelt erheblich

Hygieneaufklärung und verantwortlicher Umgang mit Wasser

Fakt ist, dass ein Tourist doppelt soviel Wasser verbraucht wie ein Einheimischer

Prozent. Die Tarife anzuheben hat also gerade bei uns mit dem hohen Anteil an der armen Bevölkerung seine Grenzen.

**Staudämme
als Lösung?**

Färber-Husemann: Zum Thema Stauseen und Staudämme lese ich gerade jetzt immer wieder von der Verseuchung des Wassers aus Staudammprojekten. Abgesehen davon ist viel lokale Landwirtschaft durch Staudämme zerstört worden und die Landwirtschaft, die in der Umgebung von Staudämmen überlebt hat, hat sich deutlich verändert. Es sind nur noch Großbetriebe, die dort überleben können. Viele dieser Staudammprojekte sind von westlichen Gebern unterstützt worden. Wenn Sie, Herr Konukiewitz, eine Güterabwägung machen müssten – erhebliche Breitenversorgung durch Wasser gegen Zerstörung lokaler landwirtschaftlicher Strukturen und schlechte Wasserqualität – wie sähe diese Güterabwägung aus?

**Ein generelles
Urteil über
Staudämme
kann man nicht
geben**

Konukiewitz: Ich kann aufgrund des Zeitmangels nur kurz darauf eingehen, denn dieses Thema würde eine eigene Konferenz erfordern. Ich war Mitglied der Weltkommission für Staudämme (*World Commission on Dams*), wo es um die Großprojekte ging. Dieses Forum war ein Treffen der verschiedenen betroffenen Gruppen, wo die Fragen zu den großen Staudammprojekten erörtert wurden, aber auch Fragen zur Gesundheit besprochen wurden. Ich bin auch mit der Nachfolgeaktivität *Dämme in der Entwicklungspolitik* verbunden, ein Projekt zusammen mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP). Ein generelles Urteil darüber, ob Staudämme gut oder schlecht sind, kann man nicht geben – vor allem nicht über die Planung und Gestaltung von Staudämmen. Alle entwickelten Länder besitzen Staudämme als wichtigen Beitrag zu ihrer Infrastruktur. Die Staudämme werden neben dem Wasservorrat und der Hochwasserregulierung auch zur Stromversorgung genutzt. Die USA haben ihre Kapazitäten für Staudämme inzwischen zu 80 Prozent ausgeschöpft. Vielmehr nimmt man dort bereits wieder Stauseen außer Betrieb. Die afrikanischen Länder haben diese Möglichkeiten noch lange nicht ausgeschöpft. Der durchschnittliche Pro-Kopf-Wasserstauraum liegt

für einen Amerikaner hundert Mal höher als bei einem Äthiopier. Es ist vor diesem Hintergrund nicht möglich, unseren Partnern in den Entwicklungsländern von Staudämmen abzuraten. Die starke Nachfrage hat zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit den Staukapazitäten geführt. Gerade die afrikanischen Länder haben im Rahmen ihrer NEPAD-Initiative (Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas) die regionale Nachfrage nach Staudämmen untersucht und dazu ein Infrastrukturprogramm entwickelt, das auch den Ausbau von Stauseen vorsieht.

Das Thema ist weiterhin kontrovers, vor allem bei den Staudammprojekten in Südasien. Wir stellen dabei fest, dass viele Staudammprojekte weitgehend ohne die Beteiligung der Bevölkerung geplant wurden und ohne dass die betroffene Bevölkerung einen Nutzen davon hatte – im Gegenteil, sie hatte nur Nachteile.

Wir bestehen daher darauf, dass bei den Staudammprojekten, an denen wir beteiligt sind, gleichzeitig als eine Entwicklung für die Region stattfinden muss. Das bedeutet, den betroffenen Menschen, die dafür umgesiedelt werden müssen, einen unmittelbaren und sichtbaren Vorteil dafür anzubieten. Wenn man die Kriterien anwendet, die die *World Commission on Dams* aufgestellt hat – die Prüfung der Erforderlichkeiten, die Berücksichtigung der Umwelt sowie der sozialen und Entwicklungsfaktoren – dann kann ein Staudamm in den verschiedensten Fällen durchaus einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung einer Region beitragen.

Kürschner-Pelkmann: Als negatives Beispiel muss ich hier das Lesotho-Wasserprojekt anführen. Dieses Projekt läuft mit intensiver deutscher Beteiligung, weil zwei bedeutende deutsche Konzerne – *Hochtief* und *Lahmeyer International* – daran teilnehmen. Verschiedene Umweltorganisationen haben dieses Projekt untersucht und festgestellt, dass die lokale Bevölkerung nur Nachteile daraus zieht. Die Wasserversorgung rund um die Staudämme ist schlechter als vorher. Auch wurde sehr

**Viele Staudamm-
projekte weit-
gehend ohne
die betroffene
Bevölkerung
geplant**

**Lesotho-
Staudamm-
projekt als
negatives
Beispiel**

Wenn deutsche Firmen an Projekten beteiligt sind, liegt darin auch eine soziale Verantwortung

viel Korruption aufgedeckt, so dass *Lahmeyer International* und ein kanadisches Unternehmen dafür verurteilt wurden. Die anderen über 20 Unternehmen konnten noch nicht verurteilt werden, weil das kleine Land Lesotho nicht genügend Gerichtskapazitäten zur Verfügung hat. Wenn deutsche Firmen an solchen Projekten beteiligt sind, liegt darin auch für uns eine soziale Verantwortung. Das BMZ hat im Laufe der Jahre sehr viel über den Einsatz von staatlichen Mitteln bei Stau- projekten dazugelernt. Ich bin nicht generell gegen Staudämme, aber in Lesotho wird das Wasser über große Wege zu den Wohngebieten von Johannesburg geleitet. Die Umweltschutzorganisationen haben immerhin die These aufgestellt, dass wassersparende Maßnahmen das Staudammprojekt von Lesotho überflüssig machen würde.

Opoku-Agyemang: In Ghana gibt es zwei Staudämme, die wir hauptsächlich für die Stromerzeugung brauchen. Bis jetzt gibt es keine Beschwerden. Aber es ist klar, dass wir skeptisch sind, wenn Ingenieure riesige Staudämme vorschlagen. Wir bevorzugen kleine Projekte, die mehrgleisig angelegt sind. So sollte ein Staudamm für Wasserversorgung wie für Bewässerung genutzt werden. Das ist unsere Richtlinie. Wir sind also nicht generell gegen den Bau von Staudämmen.

Ritter-Weil: Gibt es – das als Frage an das BMZ – Beispiele und Erfahrungen von Wasserversorgungen, die mit öffentlichen wie privaten Mitteln erfolgreich betrieben werden und ist das unterstützenswert oder wird es bereits unterstützt?

Kürschner-Pelkmann: Zum Thema Entwicklungspartnerschaften mit der Privatwirtschaft, der Privatisierung und den Multis, die da agieren: Ich denke, dass es darauf ankommt, die Länder selber entscheiden zu lassen, was sie möchten. Bei dem Druck, den die Weltbank ausübt, ist diese freie Entscheidung allerdings sehr schwierig. Dazu möchte ich eines dieser großen Unternehmen zitieren, das bereits in meinem Referat vorkam: In einer Publikation von *Thames-Water* heißt es:

„Thames-Water unterstützt nicht die Bestrebungen der Welthandelsorganisation WTO oder anderer multilateraler Institutionen, staatliche Autoritäten zu zwingen, ihren öffentlichen Bereich zu liberalisieren.“

Das scheint mir die Richtung zu sein, die eingeschlagen werden müsste und bei der ich darauf hoffe, dass auch die Bundesregierung dieses Bestreben noch nachdrücklicher unterstützt als sie das teilweise schon tut.

Konukiewitz: Tatsache ist, dass wir mehr private Teilnehmer im Bereich Entwicklung und Wasserversorgung brauchen und zwar deswegen, weil wir mehr betriebswirtschaftliches und kaufmännisches Denken brauchen. Wir können nicht einerseits die Wasserverschwendung für Golfplätze und Hotelanlagen anprangern und dabei vollständig ignorieren, dass das Wasser dort fast nichts kostet. Das verführt natürlich diejenigen, die Anschluss an Wasser haben, zur Verschwendung. Global gesehen ist die Wasserversorgung zu 95 Prozent in öffentlicher Hand. Es besteht also nicht die Gefahr, dass diese staatlichen Wasserversorger von Konzernen übernommen werden. Wir könnten durchaus auch öffentliche Partner für unsere Projekte gebrauchen, aber diesen ist per Satzung verboten, außerhalb von Deutschland aktiv zu werden. Außerdem wollen sie das finanzielle Risiko nicht tragen. Hier in Deutschland gibt es an die 7.000 Wasserversorger, also eine sehr zersplitterte Unternehmenslandschaft. Und diejenigen, die an einer Zusammenarbeit mit uns interessiert sind, sind die Privatunternehmen. Wir können von den privaten Unternehmen nur profitieren, kaufmännisch, vom Management und der Effizienz her. Wir bemühen uns auch um diese Zusammenarbeit. Dass Großkonzerne diese Projekte an sich reißen, davon kann keine Rede sein. Im Gegenteil: die Multis ziehen sich gerade wieder zurück, weil sie so viele Millionen in Manila, Buenos Aires und anderswo in den Sand gesetzt haben, dass sie im Moment mehr mit Wundenlecken beschäftigt sind.

Wir können von den privaten Unternehmen profitieren

Entwicklungs- partnerschaften mit der Privat- wirtschaft als Chance?

Rubarth: Wir entwickeln unsere Projekte grundsätzlich nur mit unseren Partnern vor Ort. Es sind die Frauen aus unseren Partnerländern, die die Konzepte dieser Projekte vorstellen. Wir wollen die Initiative von der anderen Seite sehen, damit wir auch die Garantie haben, dass die Ideen auch umgesetzt werden. Ich würde gerne viel mehr mit den Wissenschaftlerinnen im Süden zusammenarbeiten und deren Lösungen hören. So arbeiten wir zum Beispiel mit einer Gruppe von Wissenschaftlerinnen aus Guinea zusammen, die zum Thema angepasste Technologien arbeiten. Die wissenschaftlichen Lösungen des Westens sind meistens viel zu kompliziert für die Anwendung in den Entwicklungsländern.

Zum Thema Entwicklungspartnerschaften mit der Privatwirtschaft (*public private partnership*): Ich meine, die Brunnen in den Dörfern sollten den Dörfern gehören, da brauche ich keine privaten Eigner. Die wollen da meistens auch gar nicht hin, aber wenn der Brunnen den Dörfern gehört, dann natürlich auch das Wasser, das sie daraus schöpfen.

Die Brunnen werden aber auf Dauer nicht reichen, der Grundwasserspiegel sinkt und das Grundwasser wird zunehmend verseucht von den Industrien, die sich zudem immer einen großen Anteil Wasser sichert, aber auch von Medikamenten in der Tierhaltung. Ganz generell meine ich, dass wir eine Verantwortung gegenüber der Dritten Welt haben. Wir müssten dafür sorgen, dass diese Länder mit Sonnenenergie versorgt werden, denn wir nehmen ihnen auch die Bodenschätze ab. Und nur mit Energie kann Wasser aufbereitet werden, ohne dass die Menschen sich über Gebühr dafür anstrengen müssen.

Färber-Husemann: Herr Konukiewitz, was wäre in Ihren Augen ein ideales Wasserprojekt? Was müsste man der Bevölkerung hinstellen, das Ihrer Meinung eine nachhaltige Wasserversorgung garantieren könnte?

Konukiewitz: Wir haben ja bereits eine ganze Reihe guter Projekte, nicht nur von staatlichen, sondern auch von kirchlichen und anderen Initiativen. Wasserversorgung auf dem Land

ist immer eine starke Motivation für ein entwicklungspolitisches Engagement unserer Bürger in Deutschland. Mit der Idee von Entwicklungszusammenarbeit ist der Bau von Brunnen eng verknüpft. Aber könnte der Ansatz nicht viel mehr sein, erst einmal die lokale Gemeinde kritisch nach ihrem Umgang mit Wasser zu befragen? Zum Beispiel folgende Fragen:

- Wie wird das Wasser verteilt?
- Wer hat welche Anrechte?
- Wird das Wasser sorgfältig genutzt? Wie sieht das Wasser management aus?
- Wie sieht der Schutz von Wasser aus?

Das ist erst einmal gar keine Sache von großen Investitionen. Dabei halte ich es für ganz wichtig, das Wissen der Bevölkerung – auch technischer Art – mit einzubeziehen, damit das Projekt auch von den Menschen vor Ort nach ihren Bedürfnissen genutzt und instand gehalten werden kann. Um eine noch so kleine Investition einzubringen, muss überprüft werden, ob auch die Strukturen zur Verwaltung da sind oder geschaffen werden können, um vor allem die Instandhaltung zu garantieren. Also als kleiner Kontrapunkt zu Ihrer Frage: Ich würde erst einmal gar nichts hinstellen, sondern gemeinsam mit den Partnern vor Ort analysieren, woran es fehlt und wie man die Situation verbessern kann.

Kürschner-Pelkmann: Mein ideales Projekt wäre die Unterstützung einer der vielen Frauengruppen in Kenia, die versuchen, ihre Wasserprobleme auf lokaler Ebene zu lösen. Sie sind dringend darauf angewiesen, dass neben ihrer eigenen Arbeit Beratung und Kapital von außen hinzu kommen. Da gibt es inzwischen viele Organisationen, die solche Projekte unterstützen.

Färber-Husemann: Ich möchte Frau Moonesinghe und Herrn Opoku-Agyemang mit der Frage das Schlusswort geben: Wie fühlen Sie sich hier im Westen in einem Land, wo der Wasserverbrauch pro Kopf um ein Vielfaches höher ist als bei Ihnen zu Hause. Denken Sie dann daran, wie mühsam der zum Über-

Gemeinsam mit den Partnern vor Ort analysieren, woran es fehlt und wie man die Situation verbessern kann

Wir müssten dafür sorgen, dass diese Länder mit Sonnenenergie versorgt werden

leben notwendige Verbrauch an Wasser bei Ihnen zu Hause herbeigeschleppt werden muss?

Moonesinghe: Ich gehöre nicht zu denjenigen, die viele Kilometer laufen müssen, um Wasser zu holen, aber wir haben bei uns teilweise Zeiten, in denen das Wasser aufgrund von Trockenperioden nicht kommt. Auch haben wir immer wieder Stromausfall. Wenn man also in ein reiches westliches Land kommt, gibt es so viele Dinge, die einen überwältigen. Das, was mir aber hier in Bezug auf das Thema Wasser imponiert, ist das Bewusstsein für den Wasserverbrauch, mit dem hier so viel Wasser eingespart wird. Diese Erfahrung möchte ich als Botschaft für meine Landsleute mit nach Hause zu nehmen. Wie auch mein Kollege aus Ghana schon beschrieb, fehlt dafür vielfach ein Bewusstsein derjenigen, die Wasseranschluss haben, damit achtsam umzugehen. Wasserhähne werden nicht richtig zugezogen und ähnliche Vergehen. Es bedarf also eines Trainings darüber, nicht auf der einen Seite Wassermangel zu beklagen und auf der anderen Seite Wasser sinnlos zu verschwenden. Das hat vielleicht damit zu tun, dass das Wasser ohne Anstrengung in die Haushalte gelangt, so dass sie dem keinen besonderen Wert beimessen.

Opoku-Agyemang: Was mir hier auffällt, ist, dass die Menschen Wasser als garantiertes und selbstverständliches Gut ansehen. Es ist hier selbstverständlich, Wasser zu haben. Ich glaube, niemand würde erwarten, dass einmal kein Wasser aus den Leitungen kommt. Wir dagegen sind das gewohnt, es ist ein Teil unseres Alltags. Wenn ich daran denke, wie die Menschen in den USA darauf reagierten, als sie einen Stromausfall erlebten als sei es das nahende Ende der Welt, dann hilft es ihnen vielleicht, damit besser umgehen zu können, wenn Sie sehen, dass wir täglich solchen Problemen ausgesetzt sind und damit überleben können. So gesehen halte ich es für einen Vorteil, aus einem Land zu kommen, in dem so etwas wie Wasser nicht selbstverständlich ist. Erstens lernt man, mit dem Mangel umzugehen und zweitens bringt man dieser Ressource eine große Achtung entgegen – oben weil sie nicht selbstverständlich ist.

„Was mir hier imponiert, ist das Bewusstsein für den Wasserverbrauch, mit dem hier so viel Wasser eingespart wird“